September 2017
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

2 × Ja zur Rentenreform am 24.9.

Sichere Renten für ein glückliches Alter

Bundesrat Berset: «Das Vorsorgesystem muss den gesellschaftlichen Wandel begleiten»

Blick zurück: Die 10. AHV-Revision und die Gewerkschaften

Renten sichern. AHV stärken.

2x **JA** zur Rentenreform am 24. September

Themen des Monats

5 **Nicht allein die Bilateralen**
Die stärkere Zuwanderung hat noch andere Ursachen

6 **Nur noch Profis im Sozialbereich**
VPOD begrüsst Ziel der Kampagne von AvenirSocial

7 **Wiener Jugendstil**
«Digitaler Wandel» beschäftigt die Jungen im VPOD

9 **«Unverbesserlicher Weltverbesserer»**
Eric Decarro, VPOD-Präsident 1995–2003, ist gestorben

10–16 **Dossier: 2 x Ja zur «Altersvorsorge 2020»**
Das exklusive Interview mit Bundesrat Alain Berset
Der besondere Rückblick in die Ära von Ruth Dreifuss
Die Gründe für ein doppeltes Ja am 24. September

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

8 **Aus den Regionen und Sektionen**

17 **Susi Stühlinger:** Doris for Regierungsrat

18 **Wirtschaftslektion:** Das Private ist ökonomisch

19 **Wettbewerb:** Einer vom jungen Rhein

20 **VPOD aktuell**

21 **Hier half der VPOD:** Sackdienliche Hinweise

22 **Solidar Suisse:** Junge Filmemacherinnen in Bolivien verändern ihre Stadt

23 **Menschen im VPOD:** Pflegefachfrau Berfin Yesildeniz möchte nicht in zweierlei Welten leben

Redaktion/Administration:
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 7, September 2017
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr

Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Meine Quote, deine Quote

Ceterum censeo, kurz vor der Bundesratswahl, dass der geografisch fast ebenso wie das Tessin exponierte Kanton Schaffhausen noch nie, nie, nie einen Bundesrat gestellt hat. Angesichts des Zustands der dortigen FDP wird es dabei einstweilen bleiben. Der prominenteste Schaffhauser Kandidat war 1959 der Sozialdemokrat Walther Bringolf. Er scheiterte – Zutreffendes bitte ankreuzen – an Hans-Peter Tschudi, an einer Verschwörung, an der kommunistischen Vergangenheit, an seinem Dialekt. In späteren Jahren hatte ohne Zweifel die scharfsinnige SP-Ständerätin Esther Bührer das Format für den Job – aber eben nicht die Ambition. – Bisher bundesratslos sind zudem Uri, Schwyz, Nidwalden und Jura. Seltenst zum Zug kamen die beiden Basler Halbkantone; lediglich zwei Bundesräte stellte die Stadt (neben Tschudi zur vorletzten Jahrhundertwende Ernst Brenner), einen das Baselbiet. Dieser, der freisinnige Emil Frey – im Amt von 1890 bis 1897 – ist eine interessante Figur: Als junger Mann diente er freiwillig in der Armee der US-amerikanischen Nordstaaten und schmorte anderthalb Jahre als Gefangener der Konföderierten in Virginia. (Der Eintritt in fremden Militärdienst wird in der Schweiz erst seit 1928 strafrechtlich verfolgt.)

VPOD-Mitglieder wissen, wie schwierig es ist, wenn mehrere Quoten aufeinandergetürmt werden. Unterrepräsentiert ist im aktuellen Bundesrat die weibliche Bevölkerungsmehrheit. Der konfessionelle Aspekt verliert derweil an Bedeutung; aktuell stehen 4 Reformierte 2 Katholiken und einer «Suchenden» gegenüber. Wie hältst du's mit der Familie? Dass in hohen Ämtern Kinderlose sitzen, galt für den Vatikan seit je (wenn auch nur theoretisch); mit Merkel, Macron, May nimmt das Phänomen europaweit zu. Cassis brächte den Kinderlosen auch in der Schweizer Regierung ein Übergewicht, Moret wäre die erste Bundesrätin, die morgens ihre Kids zur Schule schickt (die von Kopp, Calmy-Rey und Widmer-Schlumpf waren seinerzeit schon älter).

Musiktalente? Berset und Sommaruga spielen Klavier, Micheline Calmy-Rey sang im Schweizer Farbfernsehen achtbar Piafs «Les trois cloches». Der einzig geoutete Vegetarier war Moritz Leuenberger, bekennende Homosexuelle gab's noch nie. Die Altersklasse U40, zu der Kandidat Maudet gehört, wurde zuletzt mit Ruth Metzler und mit Alain Berset berücksichtigt; sie kommt aber seltener als früher in die Kränze. Wer selber noch aufs Amt spienzelt, wählt ungern eine womöglich jahrzehntelange Blockade.

Ausgeschlossen: Menschen ohne Schweizerpass (Zweitpass ist zulässig). Und Geringverdienende – denn ein Bundesrat kriegt etwa 450 000 Franken. Bis heute gab es *einen* Arbeiter: Heizungsmonteur Willi Ritschard regierte von 1973 bis 1983. Er war auch der letzte, der im Amt verstarb. Das wiederum spräche für Cassis: Mit ihm wäre in dem Grüpplein teilweise schon älterer Herrschaften jederzeit ein Arzt zur Stelle.

Ein Schiff wird kommen: Lago Maggiore.
Ein Urlaub muss kommen: Vater und Baby.

Lago Maggiore: Schiffe fahren wieder

Nach 3 Wochen Streik sind die 34 Schweizer Beschäftigten der Navigazione Lago Maggiore (NLM) wieder an Bord. Ihnen wurde zugesichert, dass sie ihre Stelle behalten, wenn 2018 eine neue Gesellschaft den Betrieb übernehmen wird. Bisher war die Langenseeschifffahrt durch den italienischen Staat finanziert worden, neu sollen auch der Kanton Tessin und die Stadt Locarno eingebunden werden. Die diesbezügliche Vermittlungsarbeit des Tessiner SP-Staatsrats Manuele Bertoli wird von den Beschäftigten ausdrücklich gewürdigt. Viele Elemente des künftigen Betreibermodells sind allerdings noch offen. Der Streik, der durch die Entlassung aller Schweizer NLM-Angestellten per Ende 2017 ausgelöst worden war, erhielt viel Support aus der Bevölkerung und von Reisenden. | *slt (Foto: RomanBabakin/iStock)*

Manor macht Sorgen

Der Warenhauskonzern Manor hat den Abbau von 200 Stellen am Hauptsitz Basel und die Schliessung des Supermarkts in Solothurn angekündigt. Die Unia verlangt vom neuen CEO Transparenz hinsichtlich der weiteren Pläne. Digitalisierung lasse sich nicht mit Personalabbau erkaufen, warnt die Gewerkschaft. | *slt*

Medieneinfalt bei Tamedia

Die von Tamedia angekündigte Konzentration auf zwei zentrale Mantelredaktionen verstärkt die Sorge um die Medienvielfalt. Für den Erhalt einer vielfältigen Landschaft genüge es nicht, den gleichen Inhalt auf Blätter und Portale in unterschiedlicher Farbe zu verteilen, schreibt Syndicom. Die Zusicherung, dass die Neuorganisation ohne Kündigungen abgewickelt wird, nehme man ernst. Zugleich stellt Syndicom die Notwendigkeit zum Sparen grundsätzlich in Frage. In den letzten 10 Jahren wurde insgesamt über eine halbe Milliarde Franken aus dem Unternehmen abgezogen (424 Millionen an das Aktionariat, 100 Millionen an die Unternehmensleitung). | *slt*

Vaterschaftsurlaub kommt vors Volk

Die eidgenössische Volksinitiative «für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub» ist zustande gekommen. Demnach wird die Stimmbevölkerung darüber entscheiden, ob frischgebackene Väter 20 Tage frei bekommen oder nicht. Die von den christlichen Gewerkschaften lancierte Initiative wird selbstverständlich auch vom VPOD gutgeheissen. Allerdings löst auch ein 4-wöchiger Urlaub das Dilemma junger Familien nicht ansatzweise. Die Überlegungen müssen daher in Richtung eines zwingend von beiden Eltern zu beziehenden mehrmonatigen Elternurlaubs gehen. | *slt (Foto: ideabug/iStock)*

Frauen sterben «billiger»

Im letzten Lebensjahr verursachen Männer im Schnitt mehr Gesundheitskosten als Frauen. Zu dieser Erkenntnis ist eine Nationalfondsstudie des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern gelangt. Der Unterschied dürfte mit dem Alter zu tun haben: Männer sterben früher, und um «jüngere» Leben kämpft die Medizin womöglich intensiver als um ältere. Auch die Frage, ob Menschen einen Ehepartner zurücklassen oder verwitwet sterben, könnte einen Einfluss haben. Das ist aber einstweilen Spekulation, weil die Studie zu den Ursachen der Differenz keine Aussage macht. | *snf/slt*

Uber: Ende Gelände in Zürich

Der Dumping-Fahrdienst Uber hat angekündigt, sein Angebot «Uber Pop» in Zürich einzustellen. Aus Sicht der Unia kommt das dem Eingeständnis gleich, dass man über Jahre illegal unterwegs war. Die Behörden müssten nun in der ganzen Schweiz dafür sorgen, dass Uber sich an geltende Gesetze hält, sagt die Gewerkschaft. | *unia*

Kleider machen Bibliothekarinnen

Gemäss einer Untersuchung an der Churer HTW hat die Kleidung von Bibliothekspersonal starken Einfluss darauf, ob sich Nutzerinnen und Nutzer mit ihren Fragen an die Angestellten wenden oder nicht. Die Studie zeigt, dass das Geschlecht und das Alter des Personals unwichtig sind, dass aber formelle Kleidung und ein Namensschild die Kontaktaufnahme erleichtern. Unter den Bibliotheken der Deutschschweiz gibt es einige, die ihren Mitarbeitenden Vorgaben für Kleidung und Erscheinungsbild machen. | *slt*

15 Jahre Personenfreizügigkeit mit der EU – Bund und SGB ziehen Bilanz über Zuwanderung

Nicht allein die Bilateralen

Seit 15 Jahren gilt zwischen der Schweiz und der EU die Personenfreizügigkeit. Sie ist aber bei Weitem nicht der einzige Grund für das Ansteigen der Zuwanderung. Das Internet etwa gehört mit zu den Treibern, wie SGB-Chefökonom Daniel Lampart darlegt. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: sol-b/photocase.de)*

Freie Stellen werden heute fast immer im Internet ausgeschrieben und sind nicht mehr nur lokal sichtbar.

Die Personenfreizügigkeit wäre allein schuld an der Zunahme der Zuwanderung? Aus der Perspektive von SGB-Chefökonom Daniel Lampart ist das eine von rechtsnationaler Seite verzerrte und getrübte Sicht der Dinge, mit der in erster Linie Politik gemacht wird. Tatsächlich waren – so zeigt es auch der jüngste Observatoriumsbericht des Bundes zum Freizügigkeitsabkommen – die Jahre nach 2002 von starker Zuwanderung geprägt, namentlich von gut Ausgebildeten und besonders aus Deutschland. Aber die vertraglichen Rahmenbedingungen sind nur eines von mehreren Elementen, die zu diesem Anstieg beigetragen haben.

So hat sich die Wirtschaft generell internationalisiert. Heute arbeiten mehr Leute aus unterschiedlichen Ländern in der gleichen Firma, was sich unter anderem daran ablesen lässt, dass bereits gegen ein Fünftel der Berufstätigen (2015: 18,7 Prozent) an der Arbeit «üblicherweise» Englisch sprechen. Natürlich hat das Internet zu dieser Entwicklung stark beigetragen. Heute werden fast alle Jobs dort ausgeschrieben und sind so weltweit sichtbar. Vor 2002 wurden offene Stellen vor allem in der lokalen und nationalen Presse annonciert und waren so für Interessierte im Ausland nicht einfach zu finden.

Mehrere Türen geöffnet

Auch politische Veränderungen haben Wirkung gezeitigt. So können seit 1998 Schweizer Temporärfirmen auch Grenzgängerinnen und Kurzaufenthalter verleihen; zuvor war eine Daueraufenthaltsbewilligung Voraussetzung. Der Anteil der Temporärarbeit am gesamten Arbeitsvolumen hat sich in den letzten 20 Jahren beinahe vervierfacht. Weitere Türen wurden geöffnet durch die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und die Aufhebung von (kantonalen) Marktzugangsbeschränkungen. Und während Beamte früher einen Schweizer Pass (sowie einen «unbescholtenen Leumund») benötigten, können seit der Abschaffung des Beamtenstatuts bei Bund, Kantonen, Gemeinden und öffentlichen Betrieben auch ausländische Staatsangehörige beschäftigt werden. Und das ist der Fall.

Lampart räumt auf mit der Legende, wonach das frühere Kontingentsystem die Zuwanderung tatsächlich «gesteuert» habe. Es war vielmehr so, dass der Bundesrat bei der Festlegung der Kontingente den gut organisierten Branchen entgegenkam. Auch wegen der verbreiteten Schwarzarbeit unterschätzen die offiziellen Migrationszahlen der 1980er und 1990er Jahre das Ausmass der damaligen Auslandrekrutierung. Die Einführung der Personenfreizügigkeit hatte vorab qualitative Auswirkungen: weniger Schwarzarbeit, weniger Migration in Tieflohnbranchen, vermehrt gut qualifizierte Einwanderer. Seit 2009 hat sich die Zusammensetzung der Zuwanderung im Zug der Eurokrise wiederum verändert. Es kamen weniger Deutsche, dafür viele Kräfte aus Italien, Spanien und Portugal.

Die Schweiz als kleines Land mit einer stark spezialisierten Wirtschaft braucht gute und geregelte Beziehungen mit der EU. Sonst geraten Löhne unter Druck und Arbeitsplätze in Gefahr. Lohndruck ist leider immer noch eine Realität, trotz flankierender Massnahmen, zumal in Branchen ohne Mindestlöhne. Auch die Einstiegslöhne sind – etwa im Detailhandel, aber auch in Kitas und Heimen – unter Druck gekommen. Offensichtlich ist, dass ältere Arbeitnehmende in der Schweiz bei der Stellensuche benachteiligt werden. Die Banken und die Informatikbranche fallen besonders unangenehm auf.

In der Pflicht

«Die Bilateralen müssen den Berufstätigen in der Schweiz nützen. Daran messen Bevölkerung und Gewerkschaften die Verträge. Darum müssen die erwähnten Probleme und Missbräuche rasch beseitigt werden», sagt Daniel Lampart. Die vom Parlament beschlossene Stellenmeldepflicht ist konsequent umzusetzen, damit die RAV ihrer Aufgabe nachkommen können. Das nützt auch den älteren Stellensuchenden.

AvenirSocial startet Kampagne für Ausbildung im Sozialbereich – VPOD begrüsst Stossrichtung

Nur noch Profis

Der Berufsverband AvenirSocial will mit einer Kampagne den Anteil der Ausgebildeten im Sozialbereich heben. Der VPOD begrüsst das, will aber auch jenen Rechnung tragen, die (noch) ohne das «richtige» Papier unterwegs sind. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: mathias the dread/photocase.de)*

Nur Profis, bitte! Was im Gesundheitswesen selbstverständlich ist, soll auch im Sozialbereich gelten.

«Können Sie sich vorstellen, von einer Pflegefachfrau gepflegt zu werden, die über keine Ausbildung im Pflegebereich verfügt? Würden Sie Ihr Kind einem Lehrer anvertrauen, der kein pädagogisches Studium absolviert hat?» Der vom Berufsverband AvenirSocial aufgebrachte Vergleich macht deutlich, dass der Sozialbereich sich noch immer nicht gleich stark etabliert hat wie etwa das Gesundheits- oder das Erziehungswesen. Denn die genannten Konstellationen kommen in der Realität häufig vor: Fast jede zweite im Sozialbereich tätige Kraft ist heute ohne entsprechende Ausbildung, wie eine Studie des Dachverbandes SavoirSocial offenbart hat.

Eine neue Kampagne von AvenirSocial – «sozial-ausgebildet.ch» – möchte diese Verhältnisse korrigieren. Für Véréna Keller, Vizepräsidentin der Organisation, generiert die heutige Situation nämlich ausschliesslich Verliererinnen. Aus Sicht der Steuerzahlenden: Nur qualifizierte Fachpersonen garantieren, dass mit verhältnismässigem Aufwand Wirkung erzielt wird.

Aus Sicht der Arbeitgeber: Nur mit gesicherten Kompetenzen und einer gemeinsamen Sprache lassen sich Teams bilden und Einrichtungen führen. Aus Sicht der Fachpersonen: Ausbildung garantiert Gewissheit über die eigenen Möglichkeiten und Grenzen und schützt vor Isolation, Stress und Burnout.

Viertens haben aber auch die Adressatinnen oder Klienten der sozialen Arbeit Anspruch auf spezifisch ausgebildetes Personal. Wer wegen einer Beeinträchtigung in einer sozialen Institution lebt, muss davon ausgehen dürfen, dass diese nach allen Regeln der Kunst geführt wird. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, hat das Recht auf professionellen Schutz seiner sozialen Rechte.

Tüchtig einheizen

Daher strebt AvenirSocial an, dass «sämtliche in der sozialen Arbeit tätigen Personen über einen entsprechenden – und nicht: gleichwertigen – Berufsabschluss verfügen». Diesbezüglich will man, so sagte es Véréna Keller an der Pressekonferenz zum Kampagnenstart, «den Arbeitgebern und der Politik tüchtig einheizen – soweit es unsere Kräfte zulassen». Der Verband AvenirSocial nimmt ausschliesslich auf Tertiärstufe Ausgebildete auf – umfasst also lediglich Absolventinnen und Absolventen von Höheren Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten. Die jetzt lancierte Kampagne ist interessanterweise breiter und schliesst auch die FaBe und die Assistentinnen Gesundheit und Soziales mit ein. Véréna Keller räumte an der Medienkonferenz zum Kampagnenstart ein, dass ohne diese Kräfte der Sozialbereich nicht am Leben zu erhalten wäre. Dieser Einbezug der Sekundärstufe gilt gemäss Unterlagen zumindest «in einer ersten Phase».

Chance auf Qualifizierung

Der VPOD teilt die Stossrichtung der Kampagne: Auch er setzt sich seit Jahrzehnten für die Professionalisierung des Sozialbereichs ein. Doch ergeben sich aus der Tatsache, dass man ja alle Arbeitnehmenden gegenüber dem jeweiligen Arbeitgeber vertritt, leicht andere Akzente. VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber, Sozialarbeiterin und eine der Erstunterzeichnerinnen der Kampagne, unterstreicht die Notwendigkeit von spezifischer Ausbildung, betont aber gleichzeitig: «Jene, die heute ohne das ‹richtige› Papier unterwegs sind, dürfen dabei nicht vergessen gehen. Auch sie müssen die Chance auf Qualifizierung bekommen.»

Auf *eine* Frage liefert die Ausbildungsoffensive vorerst keine Antwort: Nicht zuletzt infolge der Behindertenrechtskonvention wandert ein immer grösserer Teil der sozialen Tätigkeiten aus Einrichtungen ab in die Privathaushalte. Diese Entwicklung, auch wenn sie im Grund begrüssenswert ist, droht die angestrebte Professionalisierung zu untergraben. So reichen die Ansätze im Assistenzprogramm des Bundes – Netto-Stundenlöhne von deutlich unter 30 Franken – hinten und vorne nicht für ausgebildetes Personal. Auch die Herangehensweise vieler Menschen mit Behinderung, die weniger auf Ausbildung als auf «stimmige Chemie» aus sind, droht die Bestrebungen zu konterkarieren.

Der VPOD entsandte eine Vertretung an den europäischen Jugend-Workshop «Digitaler Wandel» in die österreichische Hauptstadt

Wiener Jugendstil

Gewerkschaftsvertretungen vieler Länder – unter ihnen eine VPOD-Delegation – haben in Wien den Jugend-Workshop «Digitaler Wandel» besucht. Fazit: Nur die Internationale vermag das Menschenrecht zu erkämpfen.

| **Text:** *Claudia Mazzocco, VPOD Aargau/Solothurn, und Florian Thalmann, VPOD Zürich (Foto: Brendan Hunter/iStock)*

Die rasant voranschreitende digitale Entwicklung betrifft nicht nur die Arbeitswelt, sondern durchdringt nahezu alle Lebensbereiche. Im Sommer fand dazu nun schon der zweite europäische Jugend-Workshop statt, wiederum in Wien. Vernetzung tut not: «Digitaler Wandel» (so der Kongresstitel) macht ja nicht vor nationalen Grenzen halt. Und so müssen auch Gewerkschaften, die diese Entwicklung aktiv mitgestalten wollen, ihren Aktionsradius ausweiten. Auf diesen Überlegungen baut das Engagement der Organisatoren auf (Gastgeber waren die Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, die Österreichische Gewerkschaftsjugend sowie der Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes). Jugenddelegationen von Gewerkschaften verschiedener Branchen sollten die Herausforderungen des neuen Zeitalters länderübergreifend diskutieren. Vom VPOD waren die Autorin und der Autor dieses Beitrags mit von der Partie.

Auch eine Revolution: Wiener Jugendstil. Gut 100 Jahre später diskutiert die Gewerkschaftsjugend über Digitalisierung.

Die kleinen, feinen Unterschiede

Im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus Frankreich, Schweden, Finnland, Deutschland, Österreich und der Schweiz wurde das Thema Digitalisierung aus verschiedensten Perspektiven beleuchtet. Fachleute halfen bei der Suche nach gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten in vier Workshops: «Kommunikation und Datenschutz», «Gewerkschaftliche Organisation im digitalen Wandel», «Weiterbildung, Bildung und Qualifikation im digitalen Wandel» und «Zusammenspiel von digitalem Wandel und Standortdiskussionen» lauteten deren Themen.

Vernetzung gab es auch ausserhalb des offiziellen Teils: Abends fand beim Grillieren oder auf dem Sportplatz zwischen Volleyball- und Fussballturnier ein reger Austausch statt. Interessant war es, die unterschiedlichen Funktionsweisen und Eigenheiten der Gewerkschaften, der Gewerkschaftsbünde und der anderen politischen Akteure in den jeweiligen Ländern kennenzulernen. Deutsche Kolleginnen und Kollegen berichteten über die Zugangsrechte im Detailhandel und die Zusammenarbeit mit den lokalen Personalkommissionen, die es den Gewerkschaften erlaubt, gezielt Noch-nicht-Mitglieder anzusprechen. Die gastgebende Wiener Delegation erzählte vom Phänomen der «Arbeiterkammer»: In diesen Zusammenschlüssen sind alle Angestellten automatisch Mitglied; der Mitgliederbeitrag wird direkt mit dem Lohn verrechnet. Zunehmend geraten solche Körperschaften aber auch in Österreich unter politischen Druck.

Jugend muss gestalten

Natürlich trifft die Digitalisierung in der Berufswelt nicht nur die Jugendlichen. Im Gegenteil: Eine grosse Zahl von älteren Arbeitnehmenden ist von der voranschreitenden Digitalisierungswelle betroffen. Ihnen fällt es zum Teil schwer, sich in den sich verändernden Berufsfeldern neu zu orientieren. Es wird jedoch zu einem grossen Teil an den jungen Beschäftigten liegen, die Rahmenbedingungen der digitalisierten Arbeitswelt mitzugestalten und dabei gute Standards durchzusetzen. Auch wurde in den Workshops klar, dass keine Branche von der Digitalisierungswelle verschont bleiben wird. Die Pflegenden sind genauso betroffen wie die Logistikerinnen, die Chauffeusen genauso wie die Detailhandelsfachmänner.

Firmen der sogenannten Sharing Economy wie Uber oder Airbnb haben bereits ein tiefgreifendes Umdenken bei Fragen von Anstellung und selbständiger Erwerbstätigkeit in Gang gesetzt. Die mit diesen Entwicklungen verbundenen Umwälzungen, die häufig mit Prekarisierung einhergehen, werden die Gewerkschaften nur international angehen können.

Schöner Streik: Spitalwäscherei Freiburg.

Dicke Luft: Basler Verkehrsbetriebe.

Freiburg: Keinen Knebel fürs Pflegepersonal

1503 Unterschriften zählt eine Petition, die der VPOD Freiburg mit der Forderung «Ne muselons pas le personnel des soins!»/«Keinen Knebel für das Pflegepersonal!» bei der Staatskanzlei eingereicht hat. Sie verlangt, das Streikverbot für die Pflegenden aus dem Entwurf zum neuen Personalrecht zu streichen. | *vpod (Foto: Eric Roset)*

St. Gallen: Eklatanter Verstoss

Einen eklatanten Wortbruch sehen die St. Galler Personalverbände, darunter der VPOD, im Vorschlag der Finanzkommission des Kantonsrates zur Pensionskasse. Die Kommission will statt 200 lediglich 128 Millionen Franken als Einmaleinlage in die PVK SG zahlen. Dabei war der ursprüngliche Betrag versprochen für den Fall einer Senkung des technischen Zinssatzes, die jetzt eingetreten ist. | *slt*

Baselland: Kündigungsschutz nicht lockern

Die Baselbieter Personalverbände wollen den Kündigungsschutz für das Kantonspersonal auf dem bisherigen Niveau belassen. Am 24. September wird im Baselbiet über die Gesetzesinitiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» abgestimmt, die auch vom VPOD bekämpft wird. Kündigungen gemäss privatrechtlichem Obligationenrecht? Ohne die im Personalgesetz verankerte abschliessende Aufzählung von Gründen? Nein: Die Personalverbände betonen den besonderen Charakter der öffentlich-rechtlichen Anstellung, wo jeder Verdacht von Willkür und Günstlingswirtschaft ausgeschaltet bleiben muss. | *slt*

Ärger im Aargauer Frauenhaus

Im Frauenhaus Aargau-Solothurn gibt es Zoff: Die Rede ist von Arbeit auf Abruf, schlecht abgegoltenen Nachtdiensten und chronischer Unterbesetzung. Mehrere Beschäftigte haben von sich aus gekündigt. Auch VPOD-Regionalsekretärin Silvia Dell'Aquila kritisiert die Missstände. Ein Teil davon – so die Entschädigung von Nachtdiensten mit lediglich 50 Franken – sei inzwischen behoben, hiess es aus der Geschäftsleitung der Stiftung. Für den VPOD ist es leider nichts Neues, dass die Sorge um unterstützungsbedürftige Menschen, die in sozialen Berufen stark ausgeprägt ist, ausgenutzt wird. Meist steht dahinter eine prekäre Finanzierung der jeweiligen Einrichtung. Beim Frauenhaus Aargau-Solothurn liegt das Problem auch in der stark schwankenden Belegung; der Kanton zahlt nur für besetzte Plätze. | *slt*

Gegen Abbau im Kanton Bern

Die Liste der Leidtragenden ist lang (und hier unvollständig): Spitex, Heime und Spitäler, die Psychiatrie, die Sozialhilfe, Behinderte, Suchthilfe, Rettungsdienste, Hochschulen, Denkmalpflege … Sie alle wären betroffen, wenn das Abbaupaket von bis zu 185 Millionen Franken umgesetzt würde, das die Berner Regierung dem Grossen Rat vorlegt. Ursache für das unsoziale Paket ist vor allem die geplante Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen, die ein 100-Millionen-Loch verursacht. Ein breites Komitee, darin natürlich auch der VPOD, wehrt sich gegen das Vorhaben. Unter anderem mit einer Kundgebung (Montag, 11. September, 16.45 Uhr, Münsterplatz Bern, alle kommen!). | *vpod*

BVB: Dicke Luft

Bei den Basler Verkehrsbetrieben herrscht dicke Luft, nachdem sich herausgestellt hat, dass BVB-Chef Erich Lagler im Jahr 2015 volle 10 und 2016 immerhin 8 Wochen Ferien bezogen hat, während die gewöhnliche Belegschaft Schwierigkeiten hat, ihren Urlaub im Dienstplan unterzubringen. Solche Ungerechtigkeit bestärkt jene, welche die BVB wieder in die kantonale Verwaltung eingliedern wollen. Vorstösse sind in Vorbereitung. | *slt (Foto: Leonid Andronov/iStock)*

Straft Winterthur Ältere ab?

Der VPOD kritisiert den Umgang der Stadt Winterthur mit ihren älteren Beschäftigten. Sowohl bei der Revision des Personalstatuts als auch bei der erneut notwendigen Sanierung der Pensionskasse drohen vorab die Kategorie 50+ (rund 40 Prozent der Belegschaft) und jene mit mehr als 10 Dienstjahren unter die Räder zu kommen: Verlust von Dienstaltersgeschenken, Reduktion des Kündigungsschutzes, schlechtere Chance auf Lohnmassnahmen sind ins neue Personalstatut eingebaut. Bei der Pensionskasse müssen ebenfalls die über 50-Jährigen – mit Renteneinbussen um bis zu 13 Prozent – am stärksten bluten. | *vpod*

Der ehemalige VPOD-Präsident Eric Decarro ist im Alter von 77 Jahren gestorben

Unverbesserlich für eine bessere Welt

Am 4. August ist Eric Decarro, VPOD-Präsident von 1995 bis 2003, im Alter von 77 Jahren nach langer Krankheit gestorben. Ein an- und manchmal aufregender Kollege, beharrlicher Kämpfer für eine bessere Welt, ist von uns gegangen. | **Text:** *Doris Schüepp, VPOD-Generalsekretärin von 1994 bis 2007 (Foto: Demir Sönmez)*

Eric Decarro, 1940–2017.

Eric Decarro war die Verkörperung des «Animal politique». Während über drei Jahrzehnten hatte er Einsitz in regionalen und nationalen Gewerkschaftsgremien. Unter anderem war er Präsident der VPOD-Sektion Genf und Vorsitzender des Genfer Gewerkschaftsbundes. Vor seiner Wahl zum VPOD-Präsidenten gehörte er während 12 Jahren dem VPOD-Verbandsvorstand und während 4 Jahren der Geschäftsleitung an. Seine Ämter bekleidete er mit überdurchschnittlichem und ausserordentlich kämpferischem Engagement. So auch während seiner Präsidentschaft, in der die Herausforderungen für den VPOD zahlreich waren: Swissair-Grounding, Sparbeschlüsse der öffentlichen Hand, Referenden gegen das Bundespersonalgesetz und gegen das Elektrizitätsmarktgesetz …

Soziale Werte

Mit Vehemenz wehrte sich Eric Decarro gegen die Attacken auf den Service public. «Es ist vollkommen falsch und einseitig, die öffentlichen Dienste nur als Kostenfaktor darzustellen, wo sie doch materielle oder soziale Werte erbringen, die weit über die effektiv entstehenden Kosten hinausgehen», sagte er. Von der «New Public Management»-Welle der 1990er Jahre liess er sich nicht blenden. Beharrlich vertrat er seinen Standpunkt in der – auch verbandsintern – kontrovers geführten Debatte.

Wo immer sich unsere Mitglieder für den Erhalt des Service public mobilisierten, war Eric Decarro an ihrer Seite. Als Demonstrationsredner verteidigte er die Anstellungsbedingungen der öffentlich Bediensteten und wandte sich gegen Deregulierung. Als die Angestellten der Verkehrsbetriebe Zürich einen Streik beschlossen, als unsere Mitglieder in der Zentralwäscherei Basel im Kampf gegen die Privatisierung die Arbeit niederlegten, war Eric selbstverständlich vor Ort. Es war für ihn eine besondere Genugtuung, dass auch in der Deutschschweiz gestreikt wurde. Nach raschem Erlernen der Sprache scheute er sich nicht, seine Ansprachen auf Deutsch zu halten. Dabei hatte sein französischer Akzent den Effekt, dass seine knallharten Forderungen einen sanften Charme erhielten.

Basisdemokratie statt Bürokratie

Eric Decarro war kein Freund von Gewerkschaften, die vom Apparat regiert werden. Er war ein Anhänger der Basisdemokratie. Er – der sich selber nicht nur als Präsident, sondern auch als «militant» verstand – vertrat diese Auffassung denn auch konsequent im Rahmen der Strukturreform des Verbandes. Zusammen mit dem Zentralsekretariat verfolgte er die Vision einer grossen fusionierten Service-public-Gewerkschaft. Er beteiligte sich an den Verhandlungen mit andern Verbänden des öffentlichen Personals. Diese führten zwar nicht zu einer Fusion, aber immerhin zu einer engeren Zusammenarbeit im Kampf gegen den Abbau des Service public.

Zu seinen besonderen Verdiensten gehört sein Engagement in internationalen Belangen. Ob WTO, GATS oder WEF: Eric unterbreitete den Verbandsgremien wichtige Analysen und globalisierungskritische Argumente. Er half aktiv mit bei der Mobilisierung gegen Liberalisierungsbestrebungen, nahm an internationalen Sozialforen teil und war Mitinitiator des Schweizerischen Sozialforums. – Als Soziologe mit breiter gewerkschaftlicher Erfahrung blieb Eric Decarro stets ein wissbegieriger Mensch, der dazulernen wollte. Und er konnte zuhören. So verfolgte er die Informationen der VPOD-Sektion Luftverkehr betreffend die Liberalisierung des Luftverkehrs und deren Folgen für die Swissair sehr aufmerksam. Als intelligenter Mensch stellte er an sich den Anspruch, eine Sache zuerst zu verstehen, bevor er seine Forderungen formulierte.

Ein an- und aufregender Kollege

Eric Decarro war ein unverbesserlicher Weltverbesserer. Für den VPOD war er ausgesprochen anregend, aber auch aufregend. Wenn er jeweils kurzfristig vor einer Verbandssitzung einen mehrseitigen Gegenantrag zum Vorschlag des Zentralsekretariates faxte, war er unbequem. Aber: In seinem Engagement war Eric glaubwürdig. Es ging ihm nie um seine Person, sondern immer um die Sache – um die bessere Welt. Deshalb habe ich ihn in mein Herz aufgenommen. Und dort bleibt er – auch nach seinem Tod.

Die Chance packen: 2 × Ja zur Rentenreform

Das System der Altersvorsorge steht vor grossen Herausforderungen: Mit einer AHV-Rente allein kann man nicht überleben. Teilzeitarbeit ist in der zweiten Säule meist schlecht oder gar nicht versichert. Und die zweite Säule ist grundsätzlich in der Krise: Zinsen und Umwandlungssätze sinken, und damit auch die Leistungen. Die Babyboomer-Generation geht in Rente, die AHV gerät in die roten Zahlen.

Der Gewerkschaftsbewegung sind die Probleme der nächsten Jahre längst bekannt. Wir wissen, dass Nichtstun nur den Gegnern in die Hände spielt, die rote Zahlen bei der AHV noch so gerne als Signal zum Sozialabbau lesen. Wir haben verschiedene Anläufe zur Lösung genommen:

- *Mit der Erbschaftssteuerinitiative wollten wir die Finanzierung der AHV sichern (verloren).*
- *Mit AHVplus wollten wir die AHV verbessern (verloren).*
- *Mit vier Initiativen haben wir versucht, in der AHV die vorzeitige Pensionierung für alle zu ermöglichen (verloren).*

Immerhin: Dank AHVplus konnte im Parlament ein Tabu gebrochen werden – und jetzt sollen zum ersten Mal seit 40 Jahren die AHV-Renten real steigen.

Mit der Vorlage, die am 24. September zur Abstimmung kommt, ist eine Reform der Altersvorsorge endlich in greifbare Nähe gerückt. Das Paket ist ein Kompromiss; nicht alles darin entspricht unseren Wünschen. Trotzdem ist die «Altersvorsorge 2020» eine wichtige Anpassung an die geänderten Lebensrealitäten. Und damit ein Schritt nach vorn.
Diese einmalige Chance sollten wir ergreifen.

Deswegen am 24. September 2017:
2 x Ja zur «Altersvorsorge 2020»!

Deine Stimme zählt!

Interview mit Bundesrat Alain Berset über die «Altersvorsorge 2020»

«Den Wandel der Gesellschaft begleiten»

Diesmal geht's um die Wurst. Darum hat sich das *VPOD-Magazin* gleich an höchster Stelle – bei Bundesrat Alain Berset – einen Gesprächstermin geben lassen. Der Sozialminister betont, dass von einem Ja zur Reform alle Bevölkerungsgruppen und Generationen profitieren. | **Interview:** *Christoph Schlatter (Fotos: Nicolas Brodard [S. 11 u. 12], RyanJLane/iStock [S. 13])*

***VPOD-Magazin:* Herr Bundesrat Berset, eine Kollegin hat mich gefragt, ob ich nervös sei – weil man ja auch als VPOD-Redaktor nicht alle Tage einen Bundesrat interviewt. Ich habe erwidert, dass *Sie* ja wohl bedeutend mehr Grund zur Aufregung hätten. Denn es ist *Ihre* Vorlage, die am 24. September zur Abstimmung kommt.**

Alain Berset: Soll ich ehrlich sein? Ich bin auch ein bisschen nervös, denn es ist das erste Mal, dass ich meiner Gewerkschaft ein Interview gebe. Sagen wir es so: Ich war mir immer bewusst, dass die Diskussion über eine Reform der Altersvorsorge keine einfache ist. Aber sie ist notwendig und wichtig. Und es ist Teil meines Jobs, zu erklären, worum es dabei geht.

Die «Altersvorsorge 2020» ist in den Gewerkschaften ja keineswegs unbestritten, gerade im VPOD nicht. In der Westschweiz gibt es, trotz gegenteiliger Beschlüsse des Verbandes, sichtbare Opposition. Auch in der Deutschschweiz können sich einige nicht für die Vorlage erwärmen. Wie stimmen Sie jene Gewerkschafterinnen um, die die «Altersvorsorge 2020» wegen der Erhöhung des Frauenrentenalters ablehnen wollen?

Am Anfang stand der Wille, eine faire und ausgewogene Reform zu gestalten, die der ganzen Bevölkerung nützt. Eines war immer klar: Das Rentenniveau soll unter dem Strich erhalten bleiben. Das ist am Ende gelungen. Gewiss: Wenn man die Erhöhung des Frauenrentenalters – schrittweise um 1 Jahr – isoliert betrachtet, kommt man zu einem negativen Schluss. Aber die «Altersvorsorge 2020» ist ein Gesamtpaket. Enthalten ist darin auch ein Ausbau der AHV, der Verluste in der beruflichen Vorsorge kompensiert. Enthalten ist eine erleichterte Frühpensionierung, die namentlich den Frauen zugutekommt. Nicht zu vergessen: Massnahmen für jene Arbeitsverhältnisse, die heute in der zweiten Säule schlecht versichert sind. Zum Beispiel Teilzeitarbeitende. Also vor allem Frauen.

«Es gibt keinen Plan C»: Bundesrat Alain Berset.

Sie haben ein Blatt mit Zahlen mitgebracht.

Genau, einige typische Beispiele habe ich rechnen lassen. Nehmen wir eine 50-jährige Alleinerziehende mit 2 Kindern, die für ein 50-Prozent-Pensum 26 000 Franken im Jahr bekommt, also vielleicht eine Betagtenbetreuerin oder eine Verkäuferin. Wenn wir allein die erste Säule anschauen, kann diese Frau ohne jeglichen Verlust gegenüber heute weiterhin mit 64 Jahren in Pension gehen. Grund: der AHV-Zuschlag von 840 Franken pro Jahr und der geringere Abzug bei Frühpensionierung. Für diese Frau bleibt alles, wie es ist – mit dem Vorteil, dass ihre erste Säule solid finanziert und bis Ende des nächsten Jahrzehnts gesichert ist. Den grossen Unterschied macht die zweite Säule. Mit der «Altersvorsorge 2020» wird diese Frau in der zweiten Säule eine deutliche Verbesserung erleben; sie wird mehr als 1000 Franken mehr Rente haben pro Jahr …

… wofür sie allerdings mehr einzahlen muss …

… aber der Arbeitgeber auch! Unser Fazit für die Frau lautet also: Sie kann mit 64 aufhören zu arbeiten und hat trotzdem 5 Prozent mehr Rente als heute. Das ist ein Beispiel für jene Personen, die von der Reform ganz besonders profitieren. Für die Gutqualifizierten und -situierten sind die Bedingungen für die vorzeitige Pensionierung weniger wichtig. Sie können sich diese besser leisten, sind aber weniger darauf angewiesen, weil sie weniger körperlich harte Arbeit leisten mussten. Der Fokus liegt auf den Leuten mit Teilzeitstellen, auf jenen mit mehreren Jobs und tiefen Löhnen. Sie erhalten nach einem Leben voll bezahlter und unbezahlter Arbeit heute nur eine tiefe Rente. Mit der Reform werden sie deutlich bessergestellt.

Sie sagen, es gebe keinen Plan C. Demnach ist es bereits der Plan B, über den wir jetzt abstimmen?

Ich sage das seit Jahren. Mit dieser Reform haben Bundesrat und Parlament einen Weg gefunden, wie wir transparent die erste und die zweite Säule stabilisieren und beide fit machen bis 2030. Das tut not. Denn die Babyboomergeneration steht vor der Pensionierung. Die Leute werden – glücklicherweise – immer älter. Und die Zinsen sind seit Jahren tief. Wenn wir nichts unternehmen, kommt die AHV bald in eine sehr schwierige Situation. Seit 2014 ist ihr Umlageergebnis negativ. Ohne Reform gerät unsere bewährte Altersvorsorge in Schieflage.

Die Frage bei einem Nein wäre auch: Wer hätte die Deutungshoheit darüber?

Wer ist gegen diese Reform? Es ist die FDP, es ist die SVP. Es sind die grossen Wirtschaftsorganisationen in der Deutschschweiz. Und in der Romandie Gewerkschafterinnen und Linksaussen. Sind das Verbündete, die sich nach einer Ablehnung zusammenfinden? Das Parlament würde neue Vorlagen bringen, gewiss. Aber die würden mit Garantie nicht so aussehen, wie sich das gewisse Linke wünschen. Gleichzeitig gingen all die positiven Anpassungen an die heutigen Lebensumstände mit den Bach hinunter oder würden sich mindestens verzögern. Zum Beispiel der Schutz bei Arbeitslosigkeit gegen Ende des Erwerbslebens. Es ist sehr hart, wenn man mit 58 die Stelle verliert, denn die Chancen, nochmals etwas zu finden, sind nicht allzu gut. Heute ist damit zusätzlich der Verlust der Pensionskasse verbunden: Diese Leute haben im Alter keine Rente und sind häufig auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Mit der Reform können sie in ihrer Pensionskasse bleiben. Und auch wenn sie nichts mehr einzahlen, erhalten sie nach der Pensionierung doch eine Rente aus dieser Kasse. Das ist ein enormer Fortschritt.

Sie würden sagen, dass in der Diskussion bisher ein zu starker Fokus auf dem Frauenrentenalter liegt, das in der Realität – auch angesichts abweichender Referenzalter in vielen Pensionskassen, wo schon 65/65 gilt – gar nicht so grosse Bedeutung hat?

Ganz bestimmt wird manchmal noch zu wenig zur Kenntnis genommen, was die Vorlage alles an Verbesserungen und nötigen Modernisierungen enthält. Unsere Altersvorsorge ist 20 Jahre lang nicht mehr reformiert worden. In den ersten 50 Jahren der AHV gab es 10 Reformen!

Der Zuschlag von 70 Franken zur AHV gilt nur für die Neurentnerinnen und Neurentner. Warum sollen die heutigen Pensionierten für die Reform stimmen, die doch leer ausgehen?

Die Gegner der Reform spielen mit diesem Argument die Generationen gegeneinander aus. Bei einigen bezweifle ich doch ein wenig, dass sie den Pensionierten tatsächlich mehr AHV geben möchten. Man muss wissen: Den heutigen Rentnerinnen und Rentnern ist mit der «Altersvorsorge 2020» ihre Rente garantiert. Der Mischindex, mit dem die AHV-Renten nicht nur der Teuerung, sondern auch der Lohnentwicklung angepasst werden, war ein Streitpunkt – er bleibt erhalten. Die Leute benötigen die Gewissheit, dass ihre Rente jeden Monat kommt und dass sie ihre Kaufkraft behält. Dafür sorgt die Reform: Am Niveau der bestehenden Renten wird nichts geändert. Die heutigen Rentner sind mit dem ungekürzten Umwandlungssatz in Pension gegangen; sie erleiden keine Einbusse und benötigen die 70 Franken daher nicht. Sie zahlen aber auch nichts daran. Denn der AHV-Zuschlag wird dadurch finanziert, dass erstmals seit 40 Jahren die Lohnprozente leicht angehoben werden, um je 0,15 Prozentpunkte für Arbeitgeber und Arbeitnehmende.

Die «Altersvorsorge 2020» sieht für die Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule eine Kompensation vor, aber nur für die Generation ab 45. Welche Gründe haben denn der heute 20-, die heute 30-Jährige für ein Ja? Sind sie nicht die Gelackmeierten?

Nein. Alle Generationen profitieren. Die Reform sieht für alle Erwerbstätigen eine Kompensation vor, nicht nur für die Generation 45+. Aber die Übergangsgeneration braucht eine zusätzliche Abfederung des tieferen Umwandlungssatzes. Warum? Wer kurz vor der Pensionierung steht, hat nicht mehr genügend Zeit, aus eigener Kraft für den Erhalt des Rentenniveaus zu sorgen. Das zusätzlich notwendige Kapital kann nicht in den paar wenigen verbleibenden Jahren angespart werden. Daher braucht diese Generation eine besondere Besitzstandgarantie. Je mehr Zeit bis zur Pensionierung bleibt, desto geringer fällt diese Unterstützung aus. Wer noch Jahrzehnte im Erwerbsleben steht, vermag sich auf die neuen Bedingungen einzustellen. Was wäre denn das Schlimmste, das der jungen Generation passieren könnte? Am Fatalsten wäre, wenn alles bleibt, wie es ist. Wenn wir weiterfahren wie bisher, dann wird bei der AHV sehr rasch eine sehr teure Sanierung nötig.

In der zweiten Säule sind die Jungen ebenfalls auf eine Korrektur angewiesen.

Ja. Jetzt nichts zu tun, wäre ganz besonders in der beruflichen Vorsorge sehr ungerecht. Heute gibt es bei den Pensionskassen durch den zu hohen Umwandlungssatz eine versteckte Umverteilung von Jung zu Alt. 1,3 Milliarden Franken der Aktiven, die eigentlich das eigene Alterskapital aufbauen sollten, fliessen jedes Jahr direkt zu den Pensionierten. Das ist systemwidrig und höchst unfair. Die Umverteilung wird sich noch verstärken, wenn wir nicht handeln. Gerade deshalb hat die junge Generation alles Interesse daran, für ihre eigenen Renten die zwei Vorlagen anzunehmen. Es braucht nämlich *zwei* Ja, weil die «Altersvorsorge 2020» aus zwei miteinander verknüpften Vorlagen besteht. Nur beim doppelten Ja am 24. September tritt sie in Kraft.

Die öffentlichen Angestellten haben ja oft gute Vorsorgelösungen, umhüllende Pensionskassen, die mehr als das BVG-Minimum bieten, die dafür aber auch den Umwandlungssatz

Bundesrat Berset will die Altersvorsorge an den gesellschaftlichen Wandel anpassen.

längst gesenkt haben. Es ist problematisch, dass man diese Kassen, die ihre Hausaufgaben gemacht haben, via Sicherheitsfonds mit der Sanierung jener Billigkassen belastet, die lediglich das Minimum abdecken.

Es gibt in der Schweiz fast 1700 Pensionskassen. Und die sind sehr unterschiedlich aufgestellt. Es gibt Kassen, die überproportional viele Pensionierte haben und andere, die bisher ausschliesslich Aktive versichern. Wenn man den Umwandlungssatz senken und gleichzeitig das Rentenniveau erhalten will, ist ein solidarischer Ausgleich unter den Kassen notwendig und fair. Dafür ist der Sicherheitsfonds prädestiniert, an dem alle Kassen beteiligt sind. Er hat ja heute schon eine ähnliche Aufgabe und schafft einen Ausgleich zwischen Pensionskassen mit unterschiedlicher Altersstruktur. Auch hier gilt: Nichtstun wäre viel gefährlicher.

Wenn Sie die «Altersvorsorge 2020» durch die Volksabstimmung bringen, sind Sie der erste Sozialminister seit Ruth Dreifuss, dem eine Rentenreform gelingt.

Warum sind alle Versuche seit 1995, seit der 10. AHV-Revision, gescheitert? Weil die vorgeschlagenen Anpassungen nicht kompensiert waren! Die 11. AHV-Revision wurde deswegen einmal an der Urne und ein zweites Mal im Parlament versenkt. Zur «nackten» Senkung des Umwandlungssatzes ohne jede Kompensation sagten 73 Prozent der Stimmenden Nein. Daher nun die gemeinsame Reform von AHV und zweiter Säule. Damit alles in Franken und Rappen auf dem Tisch liegt. Oberstes Ziel war, das Niveau der Renten zu erhalten.

In gewissen Punkten ähnelt die heutige Reform der erwähnten 10. AHV-Revision, der letzten, die durchkam. Auch damals entbrannte ein Streit innerhalb der Linken. Die einen waren kategorisch gegen die Anhebung des Frauenrentenalters, die anderen wollten etwas dafür einhandeln, was den aktuellen Lebensrealitäten besser entspricht.

Mehr als 20 Jahre sind seit damals vergangen – praktisch eine volle Generation lang ist das Rentensystem nicht mehr angepasst worden. In Gesellschaft und Arbeitswelt aber hat natürlich sehr wohl eine Veränderung stattgefunden. Mehr Frauen arbeiten, das reine «Ernährermodell» verliert immer mehr an Bedeutung. Die Erwerbsbiografien verlaufen weniger konstant, die Teilzeitarbeit hat stark zugenommen. Auf all diese Entwicklungen muss das Rentensystem eine Antwort haben, es muss den gesellschaftlichen Wandel begleiten und spiegeln. Auch aus diesem Grund ist beispielsweise die vorgesehene Anpassung des Koordinationsabzugs in der zweiten Säule so dringend notwendig. Bisher war Teilzeitarbeit von der zweiten Säule ungenügend erfasst. Frauen haben Kinder und arbeiten, tragen bei zum Reichtum und zur Zukunft unseres Landes, aber ihre Arbeitsformen sind im Rentensystem nicht richtig abgebildet – und am Ende stehen sie mit kleinen Renten da. Das ist nicht hinnehmbar. Und die «Altersvorsorge 2020» ändert es.

Häufig ist zu lesen, man müsse sich langsam an Rentenalter 67 gewöhnen. Ich persönlich glaube zumindest nicht, dass wir Gewerkschaften in näherer Zukunft nochmal eine *Senkung* des Rentenalters hinbekommen. Ich glaube aber auch, dass das nicht unser erstes Ziel sein sollte. Die Problemzone liegt heute doch viel eher in der *Mitte* der Biografie, in der «Rushhour des Lebens», wo junge Familien gleichzeitig im Job und mit den kleinen Kindern gefordert sind und auf dem Zahnfleisch laufen. Wenn es Produktivitätsfortschritte in Form von Arbeitszeitsenkung zu verteilen gibt, dann sollte man eher dort ansetzen.

Wir müssen auf jeden Fall die Aufteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit stärker in den Fokus nehmen. Mit der Förderung von Krippenplätzen haben wir schon viel erreicht. Ein Vorschlag für einen weiteren Ausbau wurde eben im Parlament verabschiedet. Unsere Sozialwerke, auch die Altersvorsorge, müssen den gelebten Realitäten gerecht werden. Was das Rentenalter betrifft: Flexibilisierung ist richtig. Aber sie muss fair ausgestaltet sein. Es gibt Berufe, in denen man mit Anfang 60 körperlich angeschlagen ist. Und es gibt Berufe, die man gut und gerne noch ein paar Jahre länger ausübt. Auch darauf hat unsere Reform eine Antwort: Wir schaffen die Möglichkeit, Teilrenten zu beziehen, was bis dato nicht möglich war. Bisher ging es auf einen Schlag von 100 auf 0. Mit der Reform wird es möglich sein zu sagen: Ich habe Lust, noch etwas weiterzuarbeiten, aber auf kleinerer Flamme, und beziehe dazu eine Teilrente. Ein gestaffelter Abschied aus dem Erwerbsleben ist für viele Menschen eine Wunschvorstellung – und gleichzeitig nützt es auch der Gesellschaft, wenn die Kompetenzen der erfahrenen Berufsleute nicht so abrupt verschwinden.

Jetzt noch eine persönliche Frage: Beneiden Sie manchmal Ihre sozialdemokratischen Vorgänger im EDI? Ich denke namentlich an Hans-Peter Tschudi, der zu seiner Zeit eine AHV-Reform nach der anderen vom Stapel gelassen hat – und jedes Mal etwas mehr zu verteilen hatte …

Auch die Frauen profitieren von der Rentenreform, weil die zweite Säule Teilzeitjobs besser erfasst.

Die Zeiten sind nur schwer zu vergleichen. Damals herrschte Hochkonjunktur mit beträchtlichem jährlichem Wirtschaftswachstum. Zudem müssen wir die demografische Entwicklung berücksichtigen: Auf einen Rentner kamen damals mehr Erwerbstätige, und die Menschen lebten nach der Pensionierung weniger lang. Heute steht die Babyboomergeneration, die sehr viel beigetragen hat zu unserem Wohlstand, an der Pforte zur Pension. Aus Beitragszahlerinnen werden Leute mit berechtigtem Anspruch auf eine Rente. Hinzu kommt die Tiefzinsphase, in der wir schon seit Jahren stecken und die vor zehn Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Unsere heutige Situation ist also recht anders als diejenige zu Zeiten von Hans-Peter Tschudi. Aber meine Vorgänger, auch Ruth Dreifuss, und die Bevölkerung haben es stets verstanden, eine gute Antwort auf die Erfordernisse der Zeit zu finden. Sie haben die Altersvorsorge bewahrt, ausgebaut, auf stabile Füsse gestellt und sie gleichzeitig an den gesellschaftlichen Wandel angepasst. Genau das müssen wir auch heute und in Zukunft tun.

Schon die 10. AHV-Revision verband 1995 fortschrittliche Elemente mit einer Erhöhung des Frauenrentenalters

Süsssaurer Cocktail

Ähnliche Situation, umgekehrte Vorzeichen: Auch die 10. AHV-Revision war 1995, wie die «Altersvorsorge 2020», ein Mix: sozialer Fortschritt, gekoppelt mit der Erhöhung des Frauenrentenalters. Das spaltete die Linke; die Gewerkschaftsstrategie ging nicht auf. | **Text:** *Christoph Schlatter (Fotos: Patrick Monnin)*

Erpressung oder Politik? Ist die Verquickung von Süssem und Saurem, von Erwünschtem und Garstigem in einer Abstimmungsvorlage ein Zeichen für Machiavellismus? Hat die Gegenseite bösartige Kuckuckseier gelegt, die auszubrüten man sich weigern sollte? Oder handelt es sich um gewöhnliche, schluckbare Kröten? Der aktuelle Kampf um die «Altersvorsorge 2020» gemahnt in manchem an die Auseinandersetzung um die 10. AHV-Revision vor bald einem Vierteljahrhundert.

Die Parallelen zu 1995: Eine übers Ganze gesehen sozial fortschrittliche Vorlage ist durch das Parlament mit einer Erhöhung des Frauenrentenalters gekoppelt worden. Damals, 1995, ging es um einen 2-Jahres-Schritt, von 62 auf die heute gültigen 64 Jahre; heute ist bekanntlich die Erhöhung um ein weiteres Jahr auf das für Männer seit Anbeginn unverändert gültige Niveau Thema. (Das Frauenrentenalter lag 1948 ebenfalls bei 65 Jahren und wurde dann in Zeiten der Hochkonjunktur schrittweise gesenkt, aus teils technischen, teils paternalistischen Motiven.)

Der Umbau von 1995 trug die Handschrift der Sozialdemokratin und Gewerkschafterin im EDI, Ruth Dreifuss. Erstmals wurde den Müttern für die Jahre mit den Kindern eine rentenbildende Erziehungsgutschrift zugestanden und den verheirateten Frauen ein eigener Rentenanspruch mittels Ehegattensplittings. Diese erste Erfassung von unbezahlter Care-Arbeit durch eine Sozialversicherung verschob Hunderte von Millionen Franken Rentenansprüche von den Männern zu den Frauen. Dazu kam der sogenannte Leuthy-Knick, eine Auswuchtung der Rentenskala nach oben – zugunsten der tieferen Einkommen (ersonnen vom und benannt nach dem einstigen SGB-Sekretär Fritz Leuthy). Alles Errungenschaften, deren wir uns heute rühmen.

«Mit gutem Gewissen»

Damals lehnten der Gewerkschaftsbund und der VPOD die Vorlage allerdings wegen der Erhöhung des Frauenrentenalters ab. Die SP, die – just wie heute – eine Urabstimmung durchführte, kam zur gegenteiligen Bewertung und befürwortete die Revision. So entstand ein Widerspruch zwischen der gewerkschaftlichen Nein- und der sozialdemokratischen Ja-Parole; dieser Graben war natürlich auch innerhalb der Organisationen spürbar. Heute besteht bekanntlich Einigkeit im Parolenspiegel, aber speziell in der Westschweiz gibt es gewichtige linke Kräfte, die zum Kampf gegen die «Alters-

Direkt nach Annahme der 10. AHV-Revision – gegen die Empfehlung der Gewerkschaften – fand ein VPOD-Kongress statt. Die Fotos zeigen nicht nur, welche Parolen, sondern auch welche Hemd- und Blusenmuster damals beliebt waren.

vorsorge 2020» blasen. Ihnen zufolge ist die Angleichung des Frauenrentenalters ein derart grosser Sozialabbau, dass sogar das Risiko einer Finanzierungslücke eingegangen wird. Diese droht bei Ablehnung auch nur einer der beiden (kreuzweise gekoppelten) AHV-Vorlagen am 24. September – das Flüsschen jener 0,3 Mehrwertsteuerprozentpunkte, die bisher der IV-Sanierung dienten, erfährt dann keine Umleitung in die AHV, sondern versiegt. Wobei «Flüsschen» nicht ganz korrekt ist: Es geht immerhin um 1 Milliarde Franken pro Jahr.

1995 wurde die Anhebung des Frauenrentenalters als «grösster Sozialabbau in der Geschichte der modernen Schweiz» gegeisselt. Um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, mit dem Kampf gegen diesen Teil der Vorlage auch die fortschrittlichen Elemente zu torpedieren, hatten die Gewerkschaften – der SGB und auch der damalige Christlich-Nationale Gewerkschaftsbund CNG – einen Ausweg ersonnen: Die guten Teile der Reform sollten mittels der sogenannten Auffanginitiative – «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» – ins Trockene gebracht werden. Doris Schüepp, die damalige VPOD-Generalsekretärin, fand, man habe sich damit «Figgi und Müli» aufgebaut: «Gelingt es uns, für die Initiative die Unterschriften rasch beisammen zu haben, wird die Referendumsabstimmungskampagne für uns einfacher: Wir nehmen all denjenigen den Wind aus den Segeln, welche die Referendumsbefürworterinnen beschuldigen, sie würden die positiven Teile der 10. AHV-Revision gefährden.» Ein «Nein mit gutem Gewissen» also, zumal just vor dem Abstimmungstermin der Erfolg der Unterschriftensammlung vermeldet werden konnte.

Ein Blick in die *VPOD-Zeitung* von 1995 zeigt die Differenzen innerhalb des VPOD. Der offizielle Standpunkt wurde etwa von Susanne Leutenegger Oberholzer vertreten: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei auch aus beschäftigungspolitischen Gründen inakzeptabel: «Die Erhöhung des Rentenalters der Frauen erfordert 35 000 zusätzliche Arbeitsplätze – Erwerbsarbeit, die gerade den Jungen bereits heute fehlt.» Zudem öffne die Vorlage die «Schleusen zu einem weiteren Sozialabbau»; die Forderungen nach AHV-Alter 65 und 67 lägen bereits auf dem Tisch. Die Gegenseite, die in Leserbriefen und an Podien um Gehör rang, bezeichnete solche Argumentation als rein spekulativ. Wer die Revision bekämpfe, bewirke Entsolidarisierung und treibe Männer und Frauen, Junge und Alte, junge Frauen und ältere Frauen auseinander.

Am 25. Juni 1995 sprach das Volk – mit magerer Stimmbeteiligung von 40,4 Prozent zwar, aber klarer als erwartet. Die 10. AHV-Revision wurde mit 60,7 Prozent Ja-Stimmen kräftig angenommen; nur ein Kanton – Jura – stimmte mit den Gewerkschaften dagegen. Massiv fiel gleichentags auch die Niederlage für eine gewerkschaftliche Initiative aus, welche einen deutlichen Ausbau der AHV (und der IV) und eine Gewichtsverschiebung zulasten der zweiten und zugunsten der ersten Säule wollte: 72,4 Prozent und alle Kantone waren dagegen. Das bescheidene Resultat lässt sich auch damit erklären, dass die Urheber der Initiative selber, SGB und SP, sich – pro und contra – auf das Referendum zur 10. AHV-Revision konzentrierten und für den eigenen Vorstoss nur schwach die Trommel rührten.

Dreifuss per Fax

Der innerlinke Konflikt hinterliess auch im VPOD Spuren. Sichtbar wurde das am VPOD-Kongress, der just eine Woche nach der entscheidenden Volksabstimmung in Zürich über die Bühne ging. Bundesrätin Ruth Dreifuss musste sich wegen eines Unfalls entschuldigen lassen; in einem Fax an die Delegierten bedauerte sie den entstandenen Graben: «Mit der Mehrheit der Genossen in der SP habe ich das getan, was ich als notwendig erachtete, damit die Versicherten vom 1. Januar 1997 an in den Genuss der neuen Leistungen kommen. Ihr eurerseits wart überzeugt, dass man die 10. AHV-Revision wegen der Erhöhung des Frauenrentenalters bekämpfen muss – auch auf die Gefahr hin, damit den sozialen Fortschritt zu gefährden, den das Ehegattensplitting und die Erziehungsgutschriften darstellen.» Sie könne verstehen, wenn Kolleginnen und Kollegen enttäuscht seien – das Wort «Verrat» allerdings

dulde sie nicht: «Mais parler de trahison, non!» Die Verteidigung sozialer Errungenschaften sei zwar wichtig, aber nicht ausreichend, so Dreifuss. Gleichermassen notwendig sei, sich an geänderte Mentalitäten anzupassen, die Rückkehr zur Fürsorge zurückzuweisen und eine echte Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zu befördern, die auch die unbezahlte Arbeit anerkennt. «Wir dürfen niemals vergessen, dass das Ziel der Sozialpolitik nicht allein Geldverteilung ist, sondern der Kampf gegen Ausschluss, der Kampf für Chancengleichheit für jede und jeden», liess Dreifuss ausrichten.

Drei Versuche gab es in der Folge, die Erhöhung des Frauenrentenalters rückgängig zu machen. Die erwähnte gewerkschaftliche Auffanginitiative kam 1998 an die Urne; sie hätte die Regelung des Pensionsalters auf den Stand vor der 10. AHV-Revision zurückgedreht, die übrigen Elemente der Revision belassen. Das «rückwärtsgerichtete» *(NZZ)* Begehren fand im Volk keine Mehrheit, 58,5 Prozent waren dagegen. Immerhin stimmten Freiburg, Genf, Jura und Neuenburg sowie das Tessin zu. Über zwei weitere – inhaltlich und namentlich sehr ähnliche – Initiativen im Nachgang zur 10. AHV-Revision wurde zwei Jahre später entschieden. Der Kaufmännische Verband und die Angestelltenverbände warben «für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen», die Grünen «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann». Beide Initiativen verlangten eine faktische Absenkung des Rentenalters auf 62 Jahre für alle, auch wenn dieser Umstand mit der Bezeichnung «Ruhestandsrente» ein wenig verblümt war. Die KV-Initiative wurde (wiederum bei schwacher Stimmbeteiligung) wuchtig, diejenige der Grünen etwas weniger scharf verworfen. Im VPOD spielten die beiden Initiativen, die zwar unterstützt wurden, eine geringe Rolle, weil am gleichen Termin über das neue Bundespersonalgesetz abgestimmt wurde, gegen das sich der VPOD (vergeblich) stemmte.

Restlos alles versenkt

Die 10. AHV-Revision ist die letzte alterspolitische Vorlage, die eine Mehrheit gefunden hat. Die 11. Revision ging zweimal in die Binsen; einmal an der Urne (2004) überdeutlich; in einem zweiten Anlauf 2011 schon im Parlament. Solcher Reformstau bewog Bundesrat Alain Berset zu seinem Versuch, die beiden Systeme der Altersvorsorge gemeinsam zu bearbeiten. Was dabei herauskam, steht jetzt zur Abstimmung.

Es ist die Einschätzung einer Mehrheit im VPOD, dass ein Scheitern dieses Pakets, auch wenn es niemanden vollumfänglich zufriedenstellt, fatal wäre. Wie die Chronologie der Abstimmungen (siehe unten) zeigt, waren im letzten Vierteljahrhundert alle linken Vorhaben erfolglos, welche die AHV ohne Gegengeschäft stärken wollten (ebenso alles, was der AHV grundlegend neue Geldquellen erschlossen hätte). So hinterliesse ein Nein zur «Altersvorsorge 2020» eine gravierende Finanzierungslücke in der ersten Säule. In der zweiten Säule führe man damit fort, zu hohe Rentenversprechen durch Übergriffe auf die junge Generation zu erfüllen. Und weil es auch eine rechte Gegnerschaft gibt, läge die Hoheit über die Deutung eines Neins schwerlich bei der Linken.

Chronologie der Abstimmungen zur Altersvorsorge seit 1995

Datum	Vorlage	% Ja	Stände*	Urheber	Inhalt
25. Juni 1995	10. AHV-Revision	60,7		Parlament	Rentenalter 64/65, Ehegattensplitting, Erziehungsgutschriften
25. Juni 1995	«Zum Ausbau von AHV und IV»	27,6	0	SP, SGB	Rentenalter 62/62, Teilrenten; Ausbau von AHV/IV zulasten 2. Säule
27. September 1998	«Für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» (Auffanginitiative)	41,5	5	SGB, CNG	Rentenalter 62/65
26. November 2000	«Für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen»	39,5	6	KV, VSA	Rentenalter 62/62
26. November 2000	«Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann»	46,0	7	Grüne	Rentenalter 62/62; Teilrenten
22. September 2002	«Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)»	46,4	6	SVP	Verhinderung der Stiftung «Solidarische Schweiz»
22. September 2002	«Gold für AHV, Kantone und Stiftung» (Gegenentwurf)	46,4	6½	Parlament	Aufteilung der Erträge: je 1/3 für AHV, Kantone u. Stiftung «Solidarische Schweiz»
16. Mai 2004	11. AHV-Revision	32,1		Parlament	Rentenalter 65/65, Abbau bei Witwenrenten, Verschlechterung Mischindex
16. Mai 2004	11. AHV-Revision (MwSt-Erhöhung)	31,4	0	Parlament	
24. September 2006	«Nationalbankgewinne für die AHV»	41,7	2½	Komitee sichere AHV «Kosa»	Reingewinne Nationalbank (abzgl. 1 Mia. CHF für Kantone) an AHV-Fonds
30. November 2008	«Für ein flexibles AHV-Alter»	41,4	4	SGB	Rentenalter 62/62 für Einkommen bis 119 340 CHF; Teilrenten bei Teilrückzug
7. März 2010	Senkung Mindestumwandlungssatz	27,3		SGB u. a.	Senkung ohne Abfederung
1. Oktober 2010	11. AHV-Revision (2. Versuch)	**		Parlament	Rentenalter 65/65, minimale Abfederung für vorzeitige Pensionierung, Verschlechterung Mischindex
14. Juni 2015	«Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV»	29,0	0	EVP, SP, Grüne, SGB	Erbschaften über 2 Mio. Fr. mit 20% besteuern, davon 2/3 an AHV-Fonds
25. September 2016	«AHVplus: Für eine starke AHV»	40,6	5	SGB	10 Prozent mehr AHV-Rente

* Nur wo Ständemehr erforderlich. ** Im Nationalrat mit 118:72 Stimmen und damit, trotz Ständerats-Ja von 31:9 Stimmen, im Parlament gescheitert.

Kantonale Mindestlöhne zulässig

Das Schweizer Bundesgericht hat im Juli entschieden, dass die kantonale Regelung von Mindestlöhnen zulässig ist und das entsprechende Gesetz im Kanton Neuenburg in Kraft treten kann. Eine Beschwerde von Neuenburger Arbeitgebervereinigungen wurde abgewiesen. Das Gesetz, das 2014 vom Kantonsparlament verabschiedet wurde, sieht einen kantonalen Mindestlohn von 20 Franken pro Stunde vor. Es geht auf eine 2011 angenommene Volksinitiative zurück. Das Bundesgericht hält ausdrücklich fest, dass die Kantone Mindestlöhne erlassen dürfen: «Abzuweisen ist auch der Einwand der Beschwerdeführer, dass das Bundesrecht den Kantonen keinen Platz für die Festlegung von Minimalsalären lasse.» Auch sozialpolitische Massnahmen gehörten zur Wirtschaftsfreiheit, mahnt das Gericht. Das Neuenburger Gesetz sei ein Mittel zur Bekämpfung der Armut und somit sozialpolitisch begründet. Der SGB begrüsst dieses Urteil sehr. Der Entscheid macht den Weg frei, Hungerlöhne auf kantonaler Ebene zu bekämpfen. Die Marke von 20 Franken ist jetzt gesetzt. Der nationale Mindestlohn, wie ihn die Gewerkschaften mit einer Eidgenössischen Volksinitiative gefordert hatten, war unter anderem mit dem Argument zurückgewiesen worden, eine pauschale Festlegung fürs ganze Land trage den regionalen Unterschieden zu wenig Rechnung. | *sgb/slt*

IV verzichtet auf Observationen – einstweilen

Im Oktober 2016 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgehalten, dass es für Observationen durch Versicherungen eine gesetzliche Grundlage braucht und dass eine solche in der Schweiz nicht existiert. Mit einem Urteil vom Juli hat das Schweizer Bundesgericht jetzt der Invalidenversicherung klargemacht, dass der Entscheid auch für sie Gültigkeit hat; die Rechtslage bei der IV stelle sich nicht grundsätzlich anders dar als bei der Unfallversicherung, auf welche sich der «Strassburger» Fall bezogen hatte. Die IV teilt mit, dass sie «vorläufig» auf Observationen verzichtet. Der Bundesrat will in der laufenden Revision des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts eine Grundlage für Überwachung durch Detektive schaffen – was vom VPOD, zumindest in der vorgeschlagenen Form, bekämpft wird. | *slt (Foto: David-W-/photocase.de)*

Susi Stühlinger Doris for Regierungsrat

Vier siebzig, aufgerundet fünf, also siebzig durch fünf macht vierzehn, triumphiert Koni, vierzehn zusätzliche Biere im Monat macht die anstehende Rentenreform aus, also fast jeden zweiten Tag ein Bier – solange Mario nicht aufschlägt. Vierzehn Biere, die Koni nicht kriegt. Schliesslich ist er ja schon pensioniert und bekommt den Neurentnerzuschlag von siebzig Franken selbst dann nicht, wenn die Reform trotz Beschuss von allen möglichen Seiten an der Urne durchkommt. Egal sagt Koni, den Konis dieser Nation gönne er diese vierzehn Biere, auch dem Millionär gönne er die vierzehn Biere, auch wenn der davon faktisch gar nichts mitbekomme, während andere traurigerweise auch künftig nicht in der Lage sein würden, diese siebzig Franken für Bier in der Beiz auszugeben.

Ja du hast gut reden, als alter Mann, sagt Doris. Zur Kasse kommen dann die Jungen, die nämlich irgendwann bei der übernächsten Reform gar nichts mehr kriegen, und die Frauen, die jetzt schon zu viel krampfen und zu wenig verdienen. – Ja und da wäre es besser, wenn am Schluss alle, Männer wie Frauen, bis siebenundsechzig arbeiten? Weil genau das wird passieren, wenn der Kompromiss jetzt scheitert, sagt Koni.

Er habe überhaupt nicht vor, so lange zu arbeiten, auch nicht bis fünfundsechzig, meint Mario. – Aber wo sollen die Leute dann noch ihr Bier trinken? fragt Koni. – Wovon sollen wir dann leben? fragt Doris. – Wer «wir»? fragt Koni. Ähm, sagen Doris und Mario gleichzeitig, während sie erst einander und dann uns anschauen. Oha, sagt Koni, Glückwunsch dem neuen Traumpaar der lokalen Wirtschaft. Das ist wohl die grösste Sensation im städtischen Gewerbe, seit die Bäckersfrau mit dem Käseverkäufer durchgebrannt ist, sage ich. – Das Traumpaar der lokalen Wirtschaft hält allerdings nicht mehr lang, sagt Doris und zeigt mit dem Finger auf Mario, wenn der da meint, er könne auf der faulen Haut liegen, während ich schon für zwei schufte, und das erst noch zu einem ziemlich bescheidenen Einkommen.

Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.

Du könntest Regierungsrätin werden, schlage ich Doris vor, das Salär reicht locker für zwei, und da wird im Kanton praktischerweise grad etwas frei, das eigentlich genau auf dein Profil passt: Frau, Städterin, bürgerlich. Eigentlich müssten da sogar zwei Plätze frei werden, sagt Koni, wenn Schaffhausen den ihm längst zustehenden Sitz im Bundesrat ergattern würde (siehe Editorial dieser Ausgabe). Beziehungsweise, meint Koni, wenn jener Schaffhauser, der selbst sehr davon überzeugt ist, in den Bundesrat zu gehören, da auch reinkommen würde, was ihm persönlich ganz recht wäre, dann wäre Schaffhausen den endlich mal los.

Sowas sagt man nicht, sagt Doris, und überhaupt, der sei doch kein schlechter Mann, staatstragend und gutaussehend obendrein! Mario räuspert sich. Also wenn das die Alternative ist, sagt er, dass meine Doris ihr Geld verdienen muss, indem sie mit irgendeinem aufgeblasenen Möchtegernbundesrat zusammenhockt, dann arbeite ich meinetwegen auch bis siebzig, wenn's sein muss. Koni atmet auf: Die biertrinkende Bevölkerung, sagt er, wird es dir danken.

Unter Druck: Gewerkschaften in Minsk.

Weissrussland droht Gewerkschaften

Ohne Anlass hat die weissrussische Regierung eine Kampagne gegen die unabhängigen Gewerkschaften losgetreten. Zwei Gewerkschaftsführer und mehrere Angestellte werden der Steuerhinterziehung bezichtigt und wurden zu Verhören geladen; Ihar Komlik, Vorsitzender der Gewerkschaft des Minsker Stadtpersonals, befindet sich seit Anfang August in Haft. Die Vorwürfe sind offenkundig haltlos und dienen als Vorwand, die unabhängigen Gewerkschaften mundtot und handlungsunfähig zu machen. Gewerkschaftsverbände auf der ganzen Welt rufen die weissrussische Regierung zur Vernunft und zum Respekt der Gewerkschaftsrechte auf. Kollege Komlik muss umgehend aus dem Gefängnis freikommen. | *labourstart (Foto: Redline)*

Österreichs Kickerinnen wollen mehr

An der Frauenfussball-EM stiess das österreichische Team bis ins Halbfinal vor und wurde dort erst im Penaltyschiessen bezwungen, was zu nationaler Frauenfussball-Euphorie in unserem östlichen Nachbarland führte. Die Gewerkschaft Younion beklagt nun die schlechte Bezahlung der Spielerinnen: Sie verdienen maximal 30 000 Euro im Jahr. Aus Sicht von Younion müsste der Lohn auch die Tatsache spiegeln, dass Sportprofis nach einer kurzen Sportkarriere ohne Ausbildung und ohne Berufserfahrung ins Berufsleben starten. Jüngst hatte eine Studie der weltweit tätigen Spielergewerkschaft Fifpro ergeben, dass auch die meisten männlichen Profifussballer in prekären Verhältnissen leben. 45 Prozent von ihnen verdienen weniger als 1000 Dollar im Monat; die Spitzengagen von Messi, Neymar, Ronaldo & Co. sind absolute Ausnahmen. | *vpod*

EU mitschuldig an Air-Berlin-Pleite

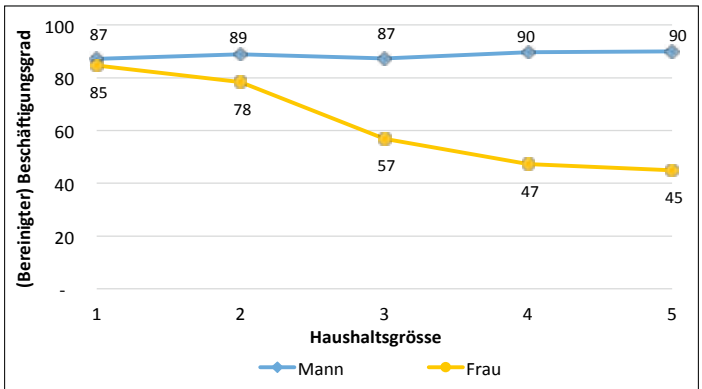
Die deutsche Gewerkschaft Verdi äussert sich verhalten positiv zum bisherigen Verlauf des Insolvenzverfahrens bei der Fluggesellschaft Air Berlin. Dass der Gläubigerausschuss zunächst alle Angebote sichte, ehe er Entscheidungen treffe, wird begrüsst. «Unsere erste Priorität liegt nicht beim Übertragen des Blechs, sondern beim Erhalt der Arbeitsplät-

Wirtschaftslektion Das Private ist ökonomisch

Ökonominnen und Ökonomen tun sich schwer, die Bedeutung sozialer Normen für wirtschaftliche Prozesse anzuerkennen. Was keinem individuellen Nutzenmaximierungskalkül entspringt, wird oft ignoriert. Doch soziale Normen haben grossen Einfluss auf das Wirtschaftsleben. Ein Paradebeispiel dafür sind die traditionellen Geschlechterrollen.

Hausarbeit ist Frauenarbeit, Erwerbsarbeit Sache des Mannes: Diese Rollenaufteilung war noch vor 40 Jahren in den allermeisten Schweizer Haushalten in Kraft und galt – wie im gleichnamigen Kinofilm – als «göttliche Ordnung». Zwar geraten die alten Rollenbilder allmählich ins Wanken, doch überwunden sind sie noch lange nicht. Dies zeigt sich zum Beispiel bei der ungleichen Verteilung der Kinderbetreuungspflichten, die sich unmittelbar auf die Arbeitsmarktbeteiligung auswirkt, wie die untenstehende Grafik zeigt.

Der um den Einfluss von Personen- und Branchencharakteristika bereinigte Beschäftigungsgrad von alleinlebenden Frauen und Männern ist praktisch gleich hoch. Dies bedeutet, dass Frauen und Männer im gleichen Alter, mit demselben Bildungsabschluss, derselben Nationalität und in der gleichen Branche gleich viel Erwerbsarbeit verrichten, solange sie alleine im Haushalt leben. Kommen jedoch weitere Haushaltsmitglieder – insbesondere Kinder – hinzu, reduziert sich der Beschäftigungsgrad der Frauen massiv, während derjenige der Männer gar ansteigt. Weil sich nach wie vor hauptsächlich Frauen um die Kinder kümmern, verlassen sie den Arbeitsmarkt oder arbeiten Teilzeit, sobald Nachwuchs kommt. Selbst wenn der Haushalt nur um eine einzige Person erweitert wird (das kann der Ehemann oder die Partnerin sein), steigt die männliche Erwerbstätigkeit an, die weibliche fällt.



Quelle: KOF Bulletin Nr. 109, Juli/August 2017, S. 3.

Dies hat Folgen für die wirtschaftliche und soziale Stellung der Geschlechter: Teilzeitarbeit geht nämlich oft mit einer schlechteren sozialen Absicherung, geringeren Weiterbildungsmöglichkeiten und verringerten Karrierechancen einher. Die hartnäckige Wirkungsmacht traditioneller Rollenbilder ist daher ein wichtiger Faktor für die Erklärung der Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

Zur Ehrenrettung der Ökonomenzunft muss jedoch hinzugefügt werden, dass auch das Nutzenmaximierungskalkül eine Rolle spielen mag. Denn solange Frauen für die gleiche Arbeit weniger verdienen als Männer, ist es aus finanzieller Sicht rational, dass *sie* die Hausarbeit erledigt und *er* das Geld nach Hause bringt.

Was ist zu tun? Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine bezahlbare und gut ausgebaute Kinderbetreuungsinfrastruktur und mehr Teilzeitstellen in Leitungspositionen wären ein guter Anfang. Letztlich muss aber auch die klassische Rollenaufteilung in Bezug auf Haushalts- und Betreuungsaufgaben hinterfragt werden. Auch das Private ist ökonomisch. | *Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich*

ze und bei den zukünftigen Arbeitsbedingungen», sagte Verdi-Vorstandsmitglied Christine Behle. Offenbar arbeite der Ausschuss ebenfalls in diese Richtung. Behle sieht das Aus für die zweitgrösste deutsche Airline auch als «Ergebnis einer liberalen Wirtschaftspolitik der EU-Kommission, die anscheinend kein Interesse an fairen Arbeitsbedingungen hat». In der Tat haben es Akteure wie die Lufthansa oder Air Berlin schwer gegen eine Konkurrenz, die europäische Strecken mit asiatischen Crews zu asiatischen Bedingungen betreibt. Oder gegen Airlines, bei denen scheinselbständige Piloten im Cockpit sitzen. Verdi verlangt, dass die Vergabe von Slots an Bedingungen geknüpft wird, die Sozialdumping und Steuerflucht eindämmen. | *slt (Foto: slt)*

In der Insolvenz: Fluggesellschaft Air Berlin.

Türkei: Lage verschärft sich weiter

Der Europäische Gewerkschaftsverband öffentlicher Dienste EGÖD ist äusserst besorgt über die Lage in der Türkei. Obwohl die Gewerkschaften den Putschversuch im Juli 2016 umgehend verurteilt haben, werden sie vom Regime Erdoğan beschuldigt und der Zusammenarbeit mit terroristischen Organisationen bezichtigt. Weit über 100 000 öffentliche Angestellte sind entlassen oder suspendiert worden. Zehntausende werden unter teilweise bizarren Anschuldigungen vor Gericht gezerrt; Menschenrechtsaktivistinnen und unabhängige Journalisten sitzen ohne jegliche Hoffnung auf ein faires Verfahren im Gefängnis. Der EGÖD verurteilt diese Entwicklung auf schärfste. «Der – wiederum verlängerte – Ausnahmezustand wird vom Regime missbraucht, um gegen kritische Stimmen vorzugehen. Das muss ein Ende haben», sagte Jan Willem Goudriaan, EGÖD-Generalsekretär. Zahlreiche Gewerkschaften haben inzwischen ihre Teilnahme an der für Oktober in Istanbul vorgesehenen ILO-Regionaltagung abgesagt. – Solidarität ist gefragt: Spenden für die Kolleginnen und Kollegen in der Türkei nehmen der Solidaritätsfonds der öffentlichen Gewerkschaftsdachverbände (IBAN: BE92 0689 0078 0423) und der Schweizer Solifonds (Konto: 80-7761-7, IBAN: CH52 0900 0000 8000 7761 7) weiterhin entgegen. | *vpod*

Wer war's? Am jungen Rhein

«Oben am deutschen Rhein … steht furchtlos Liechtenstein auf Deutschlands Wacht», hiess es einst in der Nationalhymne des sechstkleinsten Staates der Erde (kleiner sind: Vatikanstadt, Nauru, Tuvalu, Palau und San Marino). In der heutigen Fassung («Oben am *jungen* Rhein») sind alle Hinweise auf Deutschland getilgt. Auch der Brauch, beim Fürstenlob den Arm senkrecht in die Höhe zu recken, stirbt langsam aus. Denn bei jenen, die infolge Kalks oder Arthrose oder Schleimbeutelentzündung die Extremität nicht mehr richtig hochkriegen, sieht das ja aus wie der Hitlergruss. Gemäss aktuellem Stand gibt es im Fürstentum übrigens 4 (in Worten: vier) VPOD-Mitglieder.

Es existiert auch eine autochthone Gewerkschaft: Der Liechtensteinische ArbeitnehmerInnenverband ist rund 1000 Kolleginnen und Kollegen stark. Am 1. Mai im Gasometer der Triesner Spörry-Fabrik warb der Verband für den Mindestlohn, der namentlich in der Gastronomie noch nicht durchgesetzt ist, weil dem fraglichen GAV die Allgemeinverbindlichkeit fehlt. – Natürlich bringt so ein Kleinstaat nicht unentwegt Persönlichkeiten von Weltruf hervor, sieht man einmal vom Fürstenhaus ab, dessen aktuelles Oberhaupt sich durch geschicktes Gebaren in der internationalen Steuerpolitik und durch ultrakonservatives in Frauenfragen hervortat. Im Falle einer Legalisierung der Abtreibung wandere er aus, liess Hans Adam II. ausrichten. Das Volk verstand das dummerweise nicht als Chance, sondern als Drohung.

Unter den Grossen des Landes findet man Sportskanonen, etwa den Fussballer Mario Frick und die Skilegende Hanni Wenzel (2 x Olympiagold 1980), aber auch den hier und heute gesuchten Mann, der 1839 in Vaduz geboren wurde und dort auch begraben ist. (Letzteres aber nur, weil seine Gebeine aus München, wo er fast sein ganzes Leben gewirkt hatte, wieder zurückgeholt wurden.) Vielleicht war er nicht der innovativste Tonschöpfer seiner Epoche. Trotzdem wird der Wert seines Œuvres zunehmend anerkannt, und es mehren sich Gedenktafeln sowie Aufführungen und Einspielungen namentlich der vielen Orgel- und Chorwerke (seltener der Opern «Die sieben Raben» und «Türmers Töchterlein»). Grosse Bedeutung hatte der Fragliche als Lehrer. Etwa von Max Bruch, Engelbert Humperdinck, Richard Strauss, Wilhelm Furtwängler … Vom 20. Jahrhundert sah er nur noch ein knappes Jahr. Kennerinnen der musikalischen Romantik und Freunde des Fürstentums, an die Schreibgeräte! (Alle anderen werden mit Google fündig.) Mit dem Lösungsnamen lassen sich wiederum Büchergutscheine zu 100, zu 50 und zu 20 Franken gewinnen. Voraussetzung dafür ist die Einsendung der Postkarte bis 16. September an: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. Es gelten branchenübliche Bedingungen. | *slt*

Es war Meret Oppenheim

Die Nummer 48 des Schweizerischen Jugendschriftenwerks mit dem Titel «Aber, aber Kristinli» erschien 1938. Es gibt das SJW-Heftli auch als Reprint. Weniger wegen der Texterin, Lisa Wenger, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesellschaftskritische Romane («Baum ohne Blätter») sowie Kinderbücher («Joggeli söll ga Birli schüttle!») schrieb. Sondern wegen der Illustrationen von Meret Oppenheim. Die Enkelin Wengers verkehrte jung in Pariser Künstlerkreisen. Überliefert ist eine Szene im Café: Man könne ja wirklich a l l e s mit Pelz verbrämen, soll Picasso angesichts eines fellbesetzten Armbands der Oppenheim bemerkt haben. Worauf diese schnurstracks ihr «Déjeuner en fourrure» anfertigte, die legendäre Pelztasse, in deren Schatten sich die restliche Karriere abspielte. Den Namen der Künstlerin kannten viele; Béatrice Baumgartner (Basel), Aschi Zach (Winterthur) und Ruth Schiesser (Schaffhausen) werden mit Büchergutscheinen bedacht. | *slt*

Eugène Suter †

Der langjährige Zürcher VPOD-Kollege Eugène Suter ist am 5. Juli im Alter von 66 Jahren gestorben. Sein Wirken für den VPOD ging weit über die klassische Gewerkschaftsarbeit hinaus. Ursprünglich Sozialarbeiter und daher im VPOD stets in der Gruppe Sozialbereich engagiert, schlug er später beruflich andere Wege ein. Er war aber nicht nur in seinem Bereich, sondern in der Sektion, der Region, im VPOD Schweiz und im Gewerkschaftsbund aktiv. Tatkräftig engagierte er sich in Vorständen, Versammlungen, Arbeitsgruppen und Kampagnen – und, passend zu seinem neuen Beruf, in Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommissionen. Seine präzisen und markanten Fragen, die behutsamen und beherzten Voten, die klaren und begründeten Ideen werden uns fehlen. Eugène Suter engagierte sich dort, wo es nötig war, uneigennützig, fürsorglich, grosszügig, humorvoll. Er war hartnäckig, aber nie verbittert. Nicht nur sein Denken, auch sein Herz war gross. Wir alle konnten von ihm sehr viel lernen und werden ihn schmerzlich vermissen. | *Gülizar Cestan, Präsidentin VPOD-Region Zürich*

Freie Plätze in VPOD-Kursen

Es gibt noch freie Plätze in einigen VPOD-Kursen. – Für Hauswartinnen und Hauswarte gedacht ist der Kurs **«Wie umgehen mit schwierigen Jugendlichen?»**. Wie reagiert man richtig, etwa auf dem Pausenplatz? Theorie und Praxis werden am *Mittwoch, 20. September, von 9.30 bis 16.30 Uhr* gezeigt.

Steht ein Qualigespräch bevor? Womöglich ein lohnwirksames? Keine Angst! **«Mitarbeitendengespräch: Was gibt es für Systeme, und wie bereite ich mich vor?»** hilft, sich dabei sicher zu fühlen. Der Kurs ist am *Donnerstag, 28. September, von 13.30 bis 17 Uhr.*

Der Kurs **«Arbeiten im Gesundheitswesen – Rahmenbedingungen, Entwicklungen und Herausforderungen»** am *Dienstag, 24. Oktober, 10 bis 16.30 Uhr,* zeigt auf, wie das Schweizer Gesundheitswesen funktioniert, wer seine wichtigsten Akteure sind und wohin es steuert. Eine gute Basis etwa für Pflegende!

Alle genannten Kurse finden im VPOD-Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Zürich (beim Bahnhof Wiedikon), im Saal im 5. Stock statt und sind für VPOD-Mitglieder gratis. Anmeldung via www.vpod.ch.

Rote Köpfe

Wechsel in der Direktion des VPOD-Feriendorfs «I Grappoli» in Sessa: Die neue Leiterin heisst **Antonella Cozzi**. Die 47-Jährige hat ein Tourismusdiplom aus Rom und stiess 2001 als Rezeptionistin zum Grappoli-Team; 2011 wurde sie Assistentin des nun scheidenden Direktors. **Juri Clericetti** tritt einen neuen Job als Tourismusdirektor für die Region Bellinzona an.

In der *Aargauer Zeitung* wurde sommerlochhalber mit Schweizer Autorinnen und Autoren gewandert – auch mit der ehemaligen VPOD-Sekretärin und aktuellen Literaturpreisträgerin **Annette Hug**. Ihre Route führt von Delsberg auf die Burgruine Vorbourg und erlaubt Gedanken zu Sprache und Politik, die sowohl auf das Grenzgebiet zwischen Jura und Laufental als auch auf die Philippinen, Schauplatz des letzten Hug'schen Romans, passen. Auch in «Wilhelm Tell in Manila» geht es ja um linguistische Befindlichkeiten. Und um die Auflehnung gegen eine Kolonialmacht, wie sie, etwas weniger blutig, auch der Jura kennt. Wundern tut uns einzig, dass die Kollegin ihrem Rucksack zwar allerhand regionale Köstlichkeiten entnimmt («Ziegenkäse, Räucherwurst und eine mit dem jurassischen Pflaumenschnaps Damassine verfeinerte Terrine») – aber nichts Flüssiges. Fürsorglich rufen wir daher der Wandernden in Erinnerung: Trinken nicht vergessen!

Einen zumindest ungewohnten Schritt tut die Aargauer VPOD-Regionalsekretärin **Silvia Dell'Aquila**. Die Aarauer SP-Einwohnerrätin quittiert die Tatsache, dass sie von ihrer Partei nicht für den Stadtrat nominiert wurde, mit einer «wilden» Kandidatur. Diese richte sich nicht gegen die offiziell von der SP und den Grünen Nominierten. Die Hoffnung auf 4 linke Sitze in der 7-köpfigen Exekutive zeugt allerdings von starkem Optimismus. Dell'Aquila hat sich zumal in der Jugend- und der Alterspolitik profiliert. Jüngst hat sie, gemeinsam mit dem VPOD, die geplante Privatisierung der städtischen Altersheime zu Fall gebracht. Die *Aargauer Zeitung* weiss auch, wie und wo die Kandidatin wohnt: «Lebt in einer Wohnung an der stark befahrenen Oberen Vorstadt. In unmittelbarer Nachbarschaft hat es den Gebetsraum einer Sekte, eine Kontaktbar, ein Tattoo-Studio und bis Ende 2016 ein Waffengeschäft.»

Selten kommt es vor, dass der VPOD einer zurücktretenden Exekutivkraft ein explizites Kränzchen windet – schon gar nicht, wenn es sich um einen Bildungsdirektor handelt. Der Fall ist jetzt aber doch eingetreten, und zwar im Kanton Bern, wo der grüne Regierungsrat **Bernhard Pulver** nach 12 Jahren an der Spitze der Erziehungsdirektion zurücktritt und vom VPOD aufs freundlichste verdankt wird. Pulver habe Reformen im Dialog mit den Lehrpersonen umgesetzt und sei für personalpolitische Anliegen offen gewesen. So ziemlich die Bestnote also!

Kurt Altenburger, VPOD-Zentralsekretär (für den Nahverkehr sowie für Bau/Land/Forst) und Regionalsekretär (für Schaffhausen), ist ebenfalls Exekutivpolitiker: Seit 2014 wirkt er an seinem Wohnort Rafz im Kanton Zürich als Gemeinderat. Jetzt stellt er sich für das (schon bisher von der SP besetzte) Gemeindepräsidium zur Verfügung. Vermutlich wird es die SVP aber nicht zulassen, dass er im Schlafwagen ins Amt kommt. Uns freut's, wenn auch rechtsrheinische Gebiete links regiert werden.

Der St. Galler Kollege **Tobias Bauer**, Ökonom und Mitbegründer des für sozialökonomische Studien berühmten Büros Bass, ist neulich in diesem Magazin vorgestellt worden: Eine schwere Krankheit mit vorübergehender Erblindung hat ihn in ein «zweites Leben» katapultiert, in dem er sich der Poetik zugewandt hat. Er nennt seine Gedichte respektlos «Pöms» – und hat einige davon zu einem «Bauerkalender» zusammengestellt. In Anlehnung an den traditionellen Bauernkalender umfasst das Werk Sprüche und Texte zu Gedenk-, Namens-, Aktions- und Feiertagen aller Art, etwa für den Tag der schlechten Poesie (18. August) oder den Jahrestag des Sieges von Island über England an der Fussball-EM 2016 (27. Juni). Ein Beispiel für die Wortkunst Bauers in zwei Zeilen: «macke zu schiele: ich schiele. | schiele zu macke: du macke.» Für 26 Franken gibt's mehr von dieser Sorte. | *slt (Fotos: zVg, slt, slt, zVg, slt, Alexander Egger)*

Der Vorwurf illegaler Mülldeponie konnte entkräftet, eine hohe Busse abgewendet werden

Sackdienliche Hinweise

Ein skurriler Fall: Kollege U., der nur wenig verdient, erhielt aus X. die Androhung einer enormen Busse: Man hatte im Wald einen Abfallsack gefunden – und darin, für U. unerklärlich, einen Zettel mit seiner Adresse. Der VPOD-Sekretär konnte die Strafe abwenden. | **Text:** *Sabine Braunschweig (Foto: Robbiy/photocase.de)*

Wie kam bloss dieses Zettelchen mit der Adresse von Kollege U. in den Abfallsack? Und wie gelangte dieser Sack in den Wald von X., einer Berggemeinde des Nachbarkantons, in der U. weder wohnt noch arbeitet? Aufgeschreckt über die angedrohte Busse von 5000 Franken, meldete sich U. beim VPOD-Regionalsekretär. Die amtliche Mitteilung hatte ihn, der aus seiner selbstständigen Erwerbstätigkeit nur ein kleines und unregelmässiges Einkommen erzielt, auf dem falschen Fuss erwischt – umso mehr, als er sich absolut sicher war, dass er nie einen Kehrichtsack illegal deponiert hatte. Als umwelt- und pflichtbewusster Bürger pflegte U. seinen Müll korrekt zu behandeln und Recyclingfähiges der Wiederverwertung zuzuführen – das Papier etwa der Sammelstelle seiner Wohngemeinde.

Das grosse Grübeln

Wie mochte seine Adresse nach X. gelangt sein? U. grübelte lange. Kannte er jemanden dort? War er jüngst zu Besuch gewesen? Nein, er kannte keine Menschenseele in X. Ein ehemaliger Arbeitskollege, den er gelegentlich besuchte, wohnte zwar in der Nähe. Aber die Tatsache, dass in dessen Wohnort keine Entsorgungsgebühren zu entrichten sind, sprach gegen jeglichen Verdacht. Es wäre geradezu paradox, in irgendeinen Wald zu fahren, um Abfall loszuwerden, den man einfach vor die Tür stellen kann. – Der Gemeindeschreiber, der natürlich davon ausging, dass U. den Müllsack höchstpersönlich in X. entsorgt hatte, wollte innerhalb von zehn Tagen eine Rückmeldung. Insbesondere verlangte er Angaben zu U.s finanzieller Situation, zu seinem Beruf und den Einkommensverhältnissen, um die genaue Höhe der Busse festzulegen.

Der Regionalsekretär des VPOD wurde sofort aktiv. Er bat in X. um Fristerstreckung, die ihm gewährt wurde. Dann schilderte er den Sachverhalt so: U. verwende Makulaturpapier, etwa Umschläge und einseitig bedruckte Werbesendungen, als Notiz- und Schreibpapier. Manchmal gebe er solche Unterlagen auch weiter. Aber wem er einen Briefumschlag mit seiner Adresse weitergegeben haben könnte, daran vermöge er sich beim besten Willen nicht zu erinnern. Der VPOD-Sekretär erklärte weiter, dass U. nicht auf Rosen gebettet sei und eine solche Busse nicht zahlen könnte. Entscheidend sei jedoch, dass sich U. in den letzten Monaten überhaupt nicht in der Gemeinde X. aufgehalten habe. Auch der besuchte Ex-Kollege sei schwerlich extra zum Littering nach X. gefahren, wo es an seinem Wohnort ja gar keine Sackgebühr gebe. So habe sich U. der illegalen Abfalldeponie nicht schuldig gemacht.

Der Zettel im Sack im Wald: Wie U.s Adresse in den illegal entsorgten Müll kam, lässt sich nicht rekonstruieren.

Eine Mahnung pro forma

Der Gemeindeschreiber akzeptierte die Erklärungen des VPOD-Sekretärs und schloss das Verfahren. Statt einer Busse sprach er eine Ermahnung aus: Persönliche Dokumente müssten sorgfältig aufbewahrt werden, falls man sie einmal zur Beweisführung benötige. Und die Natur sei zu respektieren. Wenn jemand Abfall im Wald deponiere, zeuge das von schlechter Erziehung.

Welche verschlungenen Wege der Zettel mit U.s Adresse gegangen ist, kann nicht rekonstruiert werden. War der Fetzen von der Papiersammelstelle an U.s Wohnort über weitere Stationen nach X. geraten? Hatte tatsächlich der Arbeitskollege den Abfallsack widerrechtlich abgesetzt? Es ist nicht die Aufgabe des VPOD, solch detektivische Fragen zu klären. Er muss seinen Mitgliedern zur Seite stehen, was vorliegend geschehen ist: Eine hohe Busse wurde abgewendet. Der skurrile Fall ist gleichzeitig ein Beispiel dafür, wie vielfältig die Anliegen der Mitglieder sind und wie viel Gespür und Kreativität von den VPOD-Profis gefordert ist.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Bolivien: Kinofilme von Jugendlichen wirken als Anstoss zur Veränderung

Sieh die Stadt mit meinen Augen!

In Bolivien zeigen Jugendliche mit Filmen ihre Realität und setzen sich mit sozialen Problemen auseinander. In improvisierten Kinos in den Vorstädten werden die Werke gezeigt – und diskutiert. | **Text:** *Cecilia Campos (Fotos: Solidar)*

Die jugendlichen bolivianischen Filmemacherinnen zeigen die Welt, wie sie sie sehen.

Vor nicht allzu langer Zeit konnten Frauen nicht an der Knabenschule Zudáñez im südbolivianischen Sucre vorbeigehen, ohne mit Pfiffen oder anzüglichen Sprüchen belästigt zu werden. «In welchem Fach vermitteln sie einem eigentlich, wie man ein besserer Mensch, ein besserer Mann wird?», fragte sich Elmer Zúñiga, der dort zur Schule ging. Und er begann zusammen mit einigen Mitschülern, die «Ausbildung zum Macho» infrage zu stellen.

Leintücher in Vorstädten

Die Jungs führten einen Kino-Workshop durch und gingen mit ihren Handys auf die Pirsch. Detektivisch zeichneten sie die alltäglichen grösseren und kleineren Manifestationen des Machotums an der Schule auf und machten sie auf der Leinwand sichtbar. Diese Kurzfilme waren Schülern wie Lehrern zunächst unangenehm, lösten aber gleichzeitig einen Prozess aus. Elmer Zúñiga und seine Mitstreiter schlugen vor, Lektionen zum Thema «Respekt» in den Lehrplan aufzunehmen, die sich vor allem mit dem Verhältnis der Geschlechter befassen sollten. Mit Erfolg: Heute setzen sich die Schüler – neben Mathematik, Chemie und Sprachen – mittels Filmen mit ihrem eigenen Verhalten auseinander.

In El Alto – der Vorstadt von La Paz, die inzwischen grösser ist als die Hauptstadt selbst – gibt es keine eigentlichen Kinos, wohl aber diverse Lokale, in denen für 1 Boliviano (15 Rappen) das traditionelle Maisgetränk Api und ein Film geboten werden. Die Jugendlichen von «LanzArte» (siehe Kasten) haben sich diese Tradition zunutze gemacht und sie in die peripheren Viertel ausgedehnt: Sie spannen Leintücher auf, auf die sie Filme projizieren. Der Eintritt ist gratis, Api und Diskussion sind inklusive.

Die Filme bringen die Probleme des Quartiers auf den Punkt: Abfall, Gewalt, soziale Unsicherheit. Und das regt an: Nach der Vorführung diskutiert das Publikum, wie man die Schwierigkeiten beheben könnte. Manchen wird bewusst, dass sie sich ja präzis wie die Person auf der Leinwand verhalten, die ihren Müll heimlich auf die Strasse schmeisst. Und weil sie sich plötzlich als Teil des Problems fühlen, unterstützen sie die Lösungsvorschläge der jungen Filmschaffenden: zum Müllproblem also etwa Kampagnen oder Vorschriften zur korrekten Entsorgung.

Die Kamera als Werkzeug

Im Projekt «LanzArte» hat sich gezeigt, dass eine Kamera, ein Leintuch und eine Veränderungsidee zu einem Sprungbrett werden können: für mehr Rechte von Menschen mit einer Behinderung beispielsweise, für den Kampf gegen Gewalt an Frauen, für die Vermittlung neuer Männlichkeitsmodelle. Die Jugendlichen nehmen eine Kamera in die Hand, alle beteiligen sich an der Entstehung der Filme. «Mit der Kamera kann ich den Leuten zeigen, wie ich mein Quartier sehe, und es sie durch meine Augen erfahren lassen», sagt die 22-jährige Studentin Daniela Arancibia Oroz aus Sucre. Geschichten, wie sie sie erzählt, können der Anfang einer positiven Veränderung sein.

Im Projekt «LanzArte» von Solidar Suisse sind bisher sieben Kinoclubs in städtischen wie in ländlichen Regionen Boliviens entstanden. Sie fördern die Partizipation von Jugendlichen, ihr Engagement für eine Gesellschaft, die niemanden ausschliesst, und die Sichtbarkeit ihrer Perspektive. www.solidar.ch/lanzarte

Berfin Yesildeniz, Pflegefachfrau am Universitätsspital Basel

Zwei Welten

Berfin Yesildeniz ist Pflegefachfrau am Universitätsspital Basel und eine der engagierten «Jungen» im VPOD. Den Namen und das stark ausgeprägte Gerechtigkeitsempfinden hat ihr der kurdische Vater mitgegeben.

| **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Pflegefachfrau Berfin Yesildeniz glaubt an die Veränderbarkeit der Verhältnisse.

Nein, die Kollegin wird nicht böse: Sie ist es gewohnt, dass man sie auf ihren Namen anspricht, dem anzusehen ist, dass zumindest ein Teil ihrer Vorfahren beim Rütlischwur höchstens per Skype zugeschaltet war. Der Vater floh als junger Mann vor Verfolgung aus seiner kurdischen Heimat und heiratete eine Luzernerin. Mit den Kindern kurdisch oder türkisch zu sprechen, hat er, um Integration in der Schweiz bemüht, verpasst. Berfin Yesildeniz bedauert auf Baseldeutsch, dass sie so um zusätzliche «Gratis-Sprachen» kam. Andere, wohl wichtigere Dinge hat das Elternhaus vermittelt: das Interesse für Politik, ein Gefühl für Gerechtigkeit und den Glauben an die Veränderbarkeit der Verhältnisse. Diese Elemente haben die junge Pflegefachfrau schon während der Ausbildung in den VPOD geführt.

Unterbesetzte «Chaos-Chirurgie»?

Heute arbeitet sie auf der Station Chirurgie 6.2 des Basler Universitätsspitals. Turbulent geht es da zu, wo in 36 Betten Patientinnen und Patienten zwecks urologischen, handchirurgischen oder plastisch-chirurgischen Eingriffen liegen. Hier ist ein Handgelenk zusammengeflickt worden, dort eine Prostata entnommen. Brandnarben macht man wieder ansehnlich, und nach Krebs-OPs entfernte Brüste modelliert man neu. Selbst Geschlechtsumwandlungen gehören zum Repertoire und zeitigen präsentable Resultate, zumindest in der häufigeren und chirurgisch weniger diffizilen Richtung von Mann zu Frau. Die Abteilung ist jüngst aber wegen anderem in die Schlagzeilen geraten: Als «Chaos-Chirurgie» wurde die 6.2 in der Presse betitelt. Auslöser der Misere war Unterbesetzung. Ein gesitteter Übergang auf das neue Pflegekonzept namens «Lean Hospital», dem viele ohnehin skeptisch gegenüberstanden, war unter diesen Bedingungen nicht möglich.

Jetzt, wo sich die Lage – auch dank dem VPOD – deutlich entspannt hat, werden durchaus auch positive Aspekte des neuen Systems sichtbar. Dieses beruht darauf, dass die Pflegenden mit einem computerbestückten Wägelchen unterwegs sind, dem sie Patientendaten ebenso wie das wichtigste Material entnehmen und das daher zahlreiche Gänge überflüssig macht. Sitzungen nach alter Art finden kaum mehr statt, eher setzt man auf den kurzen mündlichen Austausch im Stehen oder die Kommunikation via zentrales Brett. Gewisse Dinge, etwa die bedarfsgerechte Disposition des Personals innerhalb der Station, funktionieren sehr gut. Sobald allerdings der Verdacht aufkommt, das Konzept diene in erster Linie einer weiteren Ökonomisierung des Gesundheitswesens, senkt sich der Daumen.

Auch die Fallpauschalen, mit denen man notgedrungen umzugehen gelernt hat, laufen laut Berfin Yesildeniz im Kern dem pflegerischen Ethos zuwider. Dieses will die Dauer eines Spitalaufenthalts nicht von Rendite-Überlegungen diktiert haben. Viel – und vor allem viel mehr – liesse sich erreichen, wenn die Pflegenden ihre Kritik nicht nur, wie es häufig vorkommt, hinter vorgehaltener Hand äusserten. Die Erfahrungen des VPOD bei der Mobilisierung des Pflegepersonals sind durchzogen; trotz grossem Einsatz – und obwohl der VPOD in Basel an der Aushandlung eines sehr guten Spital-GAV beteiligt war – wächst die Mitgliedschaft in den Spitälern nicht exponentiell.

Andere Verhältnisse

Ungeachtet aller Kritik an organisatorischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und auch an der Lohnhöhe, die der Belastung und der Verantwortung von Pflegefachpersonen schwerlich entspricht: Das Niveau des schweizerischen Gesundheitswesens und namentlich des Basler Universitätsspitals ist hervorragend, und Berfin Yesildeniz arbeitet gerne dort. Bewusst wurde ihr das bei einem freiwilligen 13-wöchigen Auslandeinsatz, den sie letztes Jahr in Ghana geleistet hat. Im Norden des westafrikanischen Landes wohnte sie bei einer muslimischen Familie (1 Mann, 2 Ehefrauen, 10 Kinder) und arbeitete in einem Krankenhaus, wo es an fast allem mangelte, zumal an Wasser und sterilem Material. Und wo folglich viele starben, die man in Basel wohl zu den leichteren Fällen gezählt hätte. Zwei Welten seien das, sagt die Kollegin. Und das sei schwer hinzunehmen, wo wir doch alle auf einer Welt lebten.

HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI
www.grappoli.ch

Folgen Sie uns auf

HERBST ZWISCHEN MERLOT UND KASTANIEN
gültig im September und Oktober

EINE RUHIGE OASE IM GRÜNEN
UNSER HOTEL IST...IHR HOTEL!

Für Ihren Aufenthalt: Ermässigungen für VPOD-Mitglieder

Hotel:
15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote
25% Rabatt auf Preisliste

Bungalow:
15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote
20% Rabatt auf Preisliste

Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa
Tel. 091 608 11 87 • Fax 091 608 26 41
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

Inbegriffen:
- 3 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet
- 1 Gourmetmenu mit Kastanien und Merlot (Vier-Gänge-Abendessen)
- 2 Drei-Gänge-Abendessen
- 1 Weindegustation der Traubensorte Merlot, verbunden mit einem Besuch des Weingutes "Tenuta Vallombrosa" in Castelrotto

- Willkommensgeschenk

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

VPOD Bildungspolitik Nr. 203 ist soeben erschienen

Die neue Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich dem Thema «Bildungsangebote für geflüchtete Jugendliche». Ab dieser Nummer erscheint die Zeitschrift regelmässig auch mit einem Basler Regionalteil.

VPOD Bildungspolitik
Seit über 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:
redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
www.vpod-bildungspolitik.ch
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C009035

Titelseite: *Aleksandar Nakic/iStockphoto*